

Zukunftsbilder, Daten & Handlungswege

RESSOURCENLEICHT LEBEN 2045



DEN DEUTSCHEN
RESSOURCENVERBRAUCH
HALBIEREN



Inhalt

	Vorwort	3
	Projektüberblick Wie die Halbierung des Ressourcenverbrauchs machbar und attraktiv wird	4
	Executive Summary Fünf Kernbotschaften zur Halbierung des Ressourcenverbrauchs	6
	Kapitel 1. 16 Tonnen pro Kopf und ihre Folgen Deutschlands Ressourcenproblem	11
	Kapitel 2. Methodik und Annahmen Wie Bürger:innen ein 8-Tonnen-Deutschland entwerfen	17
	Kapitel 3. Viele Wege führen zum ressourcenleichten Leben Fünf Personas im Jahr 2045	25
	Kapitel 4. Akzeptanz gestalten Unter welchen Bedingungen Menschen Veränderungen mittragen	35
	Kapitel 5. Handlungsfelder im Alltag Politikansätze für Ernährung, Wohnen, Mobilität, Konsum und Zeit	43
	Kapitel 6. Was Menschen überzeugt Narrative von Freiheit, Leichtigkeit und Zukunft	55
	Kapitel 7. Was jetzt zu tun ist Handlungsempfehlungen	59
	Quellenverzeichnis	62

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wie wollen Sie im Jahr 2045 leben? Diese Frage haben wir in den vergangenen Monaten tausenden Menschen gestellt. Und für diese Frage gibt es allen Anlass. Denn was ist mehr geeignet, die Zukunftsfantasien zu beflügeln, als die Krisen unserer Zeit: Klimakrise, Artensterben, geopolitische Konflikte, soziale Ungleichheit und der Vertrauensverlust in politische Institutionen? Diesen Entwicklungen liegt etwas Verbindendes zugrunde, nämlich eine außerordentlich bedenkliche Ressourcenpolitik. Kennzeichen dafür sind der enorme Materialdurchsatz unserer Wirtschaft und unsere Lebensweise. Ressourcenpolitik betrifft also alle, und sie ist kein Spezialthema für Expert:innen, sondern eine Frage von Sicherheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Zukunftsfähigkeit.

Mit der Studie *Modell Deutschland Circular Economy* hat der WWF vor zwei Jahren gezeigt, wie sich Ressourcen effizienter nutzen lassen, wie man sie im Kreislauf führt und wirtschaftliche Wertschöpfung vom Materialverbrauch entkoppelt. Denn unser Ressourcenverbrauch ist für 90 Prozent des Biodiversitätsverlusts und für etwa 40 Prozent Treibhausgase verantwortlich. Diese Perspektive hat Eingang in die politische Debatte gefunden.

Ende 2024 formulierte die letzte Bundesregierung mit der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie ein Leitbild, das sich dem Ziel von sechs bis acht Tonnen Rohstoffverbrauch pro Kopf verpflichtet sieht. Doch zwischen Leitbild und Lebenswirklichkeit klafft eine Lücke. Das Ziel ist nicht verbindlich und lässt offen, was es für unseren Alltag bedeutet. Wie wir in Zukunft wohnen, arbeiten, wie wir uns fortbewegen oder versorgen werden – davon ist im politischen Diskurs bisher kaum die Rede. Aber ohne die Übersetzung in unsere Lebenspraxis bleibt das Ziel abstrakt, und wir riskieren, das Potenzial von Ressourcenschonung nicht auszuschöpfen.

Das Projekt *Ressourcenleicht Leben 2045* will dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Es macht das Ziel konkret und vorstellbar: Wie kann ein gutes Leben innerhalb von rund acht Tonnen pro Person aussehen? Welche Beiträge leisten technische Innovationen, politische Rahmenbedingungen und alltägliche Entscheidungen in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Ernährung, Konsum sowie Arbeit und Freizeit? Und was ist Menschen dabei wichtig?

Mit rund 30 Menschen – aus Stadt und Land, jung und alt, aus unterschiedlichen Lebenslagen und Perspektiven – haben wir Zukunftsbilder diskutiert, verworfen, entwickelt. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden mit einer wissenschaftlichen Modellierung verknüpft und anschließend in einer bundesweiten Umfrage gespiegelt. So entstanden Zukunftsbilder, in denen ein vertieftes Verständnis von Bedürfnissen und Kommunikationsansätzen zum Ausdruck kommt, sowie Forderungen an die Politik. Die Ergebnisse machen Mut. Sie zeigen, dass es sich bei ressourcenleichten Lebensweisen um kein fernes Ideal handelt, sondern – ganz im Gegenteil – um eine greifbare wie lebbare Zukunftsoption.

Danke für alle Unterstützung, die uns von unseren Projektpartnern und Sponsoren zuteilwurde.



Rebecca Tauer

Teamleiterin
Circular Economy
WWF Deutschland



Björn Schulz

Projektmanager
Circular Economy
WWF Deutschland

Projektüberblick

Wie die Halbierung des Ressourcenverbrauchs machbar und attraktiv wird

Kontext: Politische Ressourcenschutzziele müssen verankert und veranschaulicht werden

Deutschland lebt über seine materiellen Verhältnisse. Jede Person verbraucht hierzulande im Durchschnitt rund 16 Tonnen Primärrohstoffe pro Jahr. Laut Wissenschaft sind lediglich sechs bis acht Tonnen nachhaltig. Diese Übernutzung ist nicht nur ein ökologisches Problem. Sie gefährdet auch Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche Resilienz. Wer Ressourcen spart, macht sich unabhängiger von globalen Importen, reduziert Krisenanfälligkeit und stärkt langfristig die heimische Wertschöpfung.

Mit der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) hat die Bundesregierung Ende 2024 erstmals das politische Leitbild verankert, den deutschen Rohstoffverbrauch bis spätestens 2045 zu halbieren. Offen bleibt jedoch, wie sich dieses Ziel in konkrete Lebensrealitäten übersetzen lässt, und wie der Wandel so gestaltet werden kann, dass er die gewohnte Lebensqualität erhält oder sogar erhöht.

Genau hier setzt das Projekt *Ressourcenleicht Leben 2045* an. Es geht einen Schritt über klassische Szenarien und Zielpfade hinaus. Das Projekt fragt nicht nur, ob eine Halbierung möglich ist, sondern wie sie sich im Alltag anfühlen wird. Also: Welche Lebensstile sind innerhalb eines 8-Tonnen-Korridors realistisch? Welche politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen braucht es, damit Ressourcenleichtigkeit zu einem Gewinn an Lebensqualität führt?

Methodik und Ansatz: Wissenschaft, Beteiligung und Gestaltung zusammengedacht

Um diese Fragen zu beantworten, wurden vier Bausteine in einem Prozess verbunden: Eine wissenschaftliche Modellierung des Rohstoffkonsums, eine co-kreative Bürgerbeteiligung zur Entwicklung alltagsnaher 2045-Zukünfte, eine Übersetzung in

Kommunikationsformate und eine anschließende repräsentative Umfrage, die Akzeptanz, Bedingungen und politische Hebel für ressourcenleichte Lebensstile prüft. Das vom **WWF Deutschland** initiierte und gesteuerte Projekt wurde von einem interdisziplinären Konsortium umgesetzt. Die übergreifende Koordination sowie die inhaltliche Verzahnung der Projektbausteine lagen beim **Öko-Institut**.

1. Wissenschaftliche Modellierung

Wuppertal Institut

Das Wuppertal Institut (WI) analysierte den deutschen Rohstoffkonsum entlang zentraler Verbrauchskategorien und identifizierte die Hebel für eine Halbierung bis 2045. Auf dieser Basis wurden die im Beteiligungsprozess entwickelten Zukunftspersonas quantitativ modelliert. Unter der Annahme einer bis 2045 weitgehend defossilisierten und kreislauffähigen Wirtschaft wurden ihre Ressourcenverbräuche berechnet und vergleichbar gemacht. So ließ sich überprüfen, ob unterschiedliche Lebensstile innerhalb des 8-Tonnen-Korridors realistisch abbildbar sind.

2. Bürgerbeteiligung

Politics for Tomorrow & Öko-Institut

In einem mehrstufigen Beteiligungsprozess mit sechs Workshop-Tagen im Frühling und Sommer 2025 entwickelten 26 Bürger:innen konkrete Zukunftsbilder, Alltagspraktiken und exemplarische Lebensstile für ein Leben mit unter acht Tonnen Rohstoffverbrauch pro Person im Jahr 2045. Die Teilnehmenden brachten ihre Erfahrungen, Bedürfnisse und Werte ein und erarbeiteten gemeinsam Vorstellungen davon, was ein gutes Leben unter veränderten Rahmenbedingungen ausmacht. Die Ergebnisse wurden systematisch ausgewertet und sowohl in die wissenschaftliche Modellierung als auch in politische Ableitungen rückgekoppelt.

3. Kommunikationsdesign

Ellery Studio

Abstrakte Fragen zu Rohstoffkonsum und Tonnenwerten wurden mithilfe visueller und narrativer Methoden in anschauliche, alltagsnahe Bilder übersetzt. Zum Einsatz kamen unter anderem Zukunftspostkarten, Gallery Walks, spekulatives Design, Storytelling-Formate und digitale Anwendungen. Diese begleiteten den Beteiligungsprozess und halfen dabei, komplexe Zusammenhänge verständlich und zugänglich zu machen.

4. Repräsentative Umfrage

WWF Deutschland

Eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage (N = 1.001) überprüfte die zentralen Erkenntnisse des Projekts auf ihre gesellschaftliche Anschlussfähigkeit. Sie lieferte belastbare Daten zur Akzeptanz ressourcenleichter Lebensstile, zu Gerechtigkeitsvorstellungen sowie zu politischen Maßnahmen zur Reduktion des Rohstoffverbrauchs.

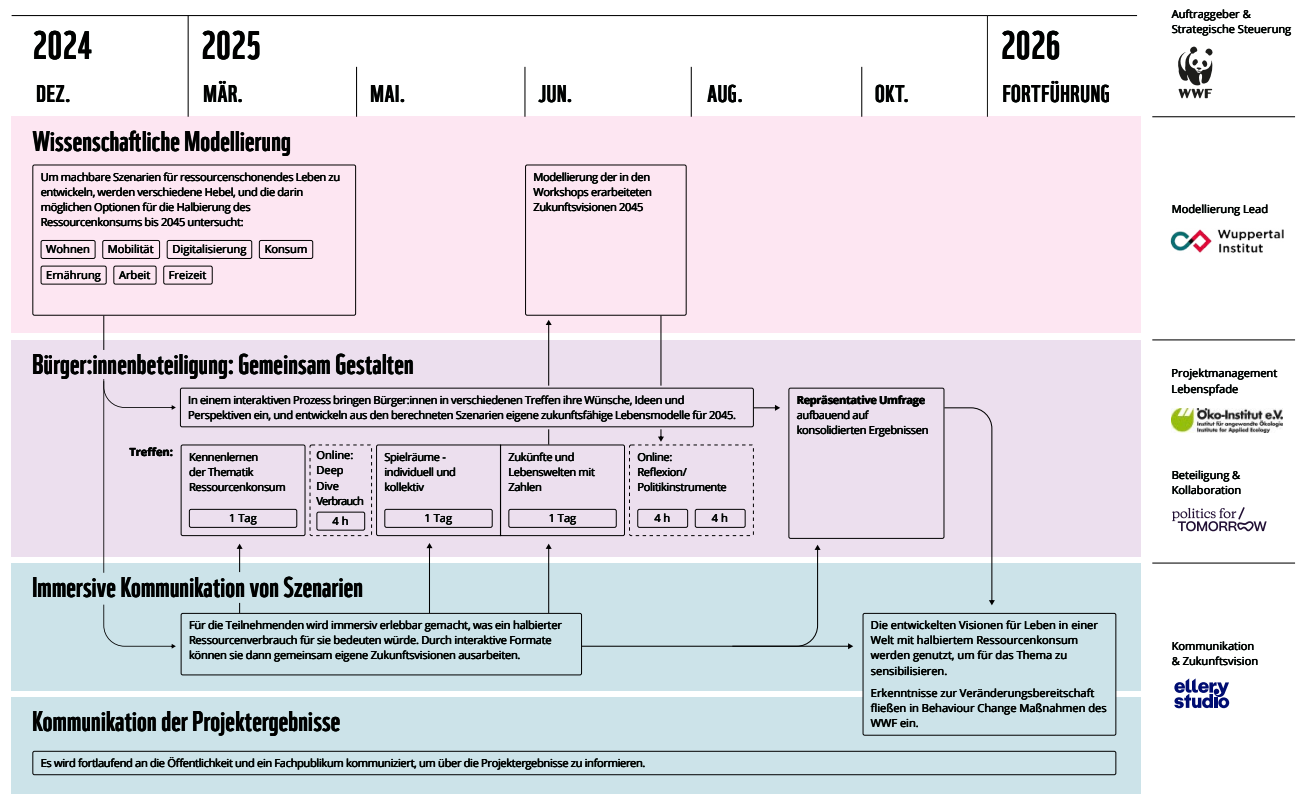


Abbildung 1. Projektpartner und Verlauf von „Ressourcenleicht Leben 2045“

Quelle: eigene Darstellung, Ellery Studio

Fünf Kernbotschaften zur Halbierung des Ressourcenverbrauchs

Die Halbierung des Rohstoffverbrauchs ist Voraussetzung, um Klima- und Kreislaufwirtschaftsziele zu erreichen und geopolitische Abhängigkeiten zu reduzieren. Damit Ressourcenschutzziele Wirkung entfalten, müssen sie politisch verbindlich sein und zugleich gesellschaft-

lich anschlussfähig. Entscheidend ist jedoch, wie dieser Wandel gestaltet wird. Transformation gelingt nur, wenn politische Leitplanken und gesellschaftliche Lebensrealitäten zusammen gedacht werden. Die folgenden fünf Kernbotschaften zeigen, welche Hebel dafür bewegt werden müssen.





1. Ein Leben mit 8 Tonnen Ressourcenkonsum ist realistisch

Vielfältige Lebensstile sind auch bei geringem Ressourcenverbrauch möglich

Auch unterhalb von acht Tonnen Ressourcenverbrauch pro Kopf bleibt Raum für unterschiedliche Lebensstile und individuelle Gestaltung, wie unsere fünf entwickelten Personas zeigen. Voraussetzung ist eine umfassende Systemtransformation. Deutschland muss bis 2045 eine vollständige Kreislaufwirtschaft etablieren und aus fossilen Energien aussteigen. Diese systemischen Rahmenbedingungen sind notwendig, aber nicht hinreichend. Auch individuelle Konsummuster müssen sich anpassen. Die Modellierung zeigt, dass das Zusammenspiel beider Ebenen entscheidend ist. Ohne veränderte Strukturen sind nachhaltige Lebensstile kaum umsetzbar. Ohne Verhaltensanpassungen reichen strukturelle Maßnahmen nicht aus, um die 8-Tonnen-Grenze zu erreichen. Die gesellschaftliche Bereitschaft für diese Co-Transformation besteht: 55 Prozent der deutschen Bevölkerung finden die Vision eines 8-Tonnen-Lebens attraktiv und sind bereit, ihren Rohstoffkonsum zu halbieren, sofern die Politik entsprechende Rahmenbedingungen schafft.



2. Die Mehrheit wünscht Strukturen und politische Rückendeckung

Ressourcenleichter durch kluge Regeln, faire Preise und gute Infrastruktur

Bürger:innen wollen nachhaltiger leben, stoßen jedoch im Alltag auf strukturelle Hürden: unzulänglichen oder unzuverlässigen ÖPNV, fehlende bedarfsgerechte Wohnfläche, unfaire Preisstrukturen im Lebensmittelmarkt, mangelhafte Reparaturinfrastruktur oder bürokratische Hürden bei energetischen Maßnahmen. Ihre klare Botschaft: ermöglichen statt ermahnen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wünscht eine bessere Infrastruktur, finanzielle Förderung für nachhaltige Optionen, klare Standards und transparente Kennzeichnung von Produkten sowie eine sozial ausgewogene Steuer- und Abgabenpolitik. Erst wenn Alternativen verlässlich, bezahlbar, sozial ausgewogen und bequem verfügbar sind, ist mit einer dauerhaften Verhaltensänderung zu rechnen. Die Akzeptanz zum Wechsel hin zu ressourcenleichten Lebensstilen steigt in dem Maße, wie man Menschen Zeit, Wissen und praktische Kompetenzen zuteilwerden lässt, damit sie ihren eigenen Alltag verändern können, ohne dass sie von unzuverlässigen Rahmenbedingungen daran gehindert werden. Und: Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht die politische Rückendeckung des Themas. So unterstützen rund 58 Prozent gesetzliche Maßnahmen zur Senkung des Rohstoffverbrauchs. Politik muss attraktive Alternativen schaffen, strukturelle Hürden abbauen und faire Preise setzen.



3. Ressourcenleichtes Leben ist ein Gewinn an Lebensqualität

Ressourcenhalbierung = Gesundheit, Sicherheit, Freiheit & Teilhabe

Ein „gutes Leben mit der Hälfte der Ressourcen“ ist ein neues Wohlstandsmodell. Die Ergebnisse aus Bürgerbeteiligung und repräsentativer Umfrage zeigen: Suffizienzorientierte Lebensweisen stoßen vor allem dann auf Sympathie, wenn ihre Vorteile im Alltag zum Ausdruck kommen, nicht erst über die Darstellung abstrakter Einsparpotenziale oder langfristiger Ressourcen- und Klimaziele. Überzeugend ist ein Nutzenprofil, das Menschen unmittelbar erleben können: finanzielle Entlastung, soziale Stabilität und gesundheitliches Wohlbefinden, bei gleichzeitig sinkender ökologischer Belastung.

Ressourcenleichter zu leben, bedeutet Entlastung und Selbstbestimmung. Es verhilft zu mehr Freiheit von Konsumdruck. Es befreit von organisatorischer Last und macht uns unabhängiger von fragilen Lieferketten. Wer weniger neu kauft, vermehrt teilt, länger nutzt und repariert, gewinnt häufig doppelt: Zeit und Handlungsspielräume. Suffizienz wird damit politisch und gesellschaftlich anschlussfähig als Alltagserleichterung.

Die zentrale Erkenntnis aus den Befunden lautet: Eine Mehrheit ist grundsätzlich bereit, neue Wege zu gehen, wenn die Vorteile konkret werden. Eine wirksame Co-Benefit-Strategie macht Ressourcenhalbierung nicht nur ökologisch notwendig, sondern als Gewinn an Lebensqualität plausibel, gerecht und mehrheitsfähig.



4. Transformation gelingt nur mit aktiver Bürgerbeteiligung

Mitgestaltung schafft Akzeptanz, Vertrauen und demokratische Legitimation

Die Transformation zu einer ressourcenleichten Gesellschaft gelingt nur, wenn sich Menschen als handelnde Subjekte und nicht als passive Betroffene erleben. Beteiligungsformate des Projekts zeigen, wie stark die Bereitschaft steigt, wenn Bürger:innen ihre Erfahrungen, Bedürfnisse und Vorschläge einbringen können. Laut Umfrage lässt sich über die Hälfte der Bevölkerung für eine Halbierung ihres Rohstoffkonsums gewinnen, wenn sie versteht, wie die Maßnahmen zu ihrem Lebensstil passen und welche Vorteile entstehen. Wer aktiv mitgestaltet, akzeptiert eher Veränderungen und entwickelt Vertrauen in politische Entscheidungen. Ressourcenpolitik mit starker Bürgerbeteiligung wird so zur Schule der Demokratie. Sie verbindet Klima- und Biodiversitätsschutz mit sozialer Gerechtigkeit und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



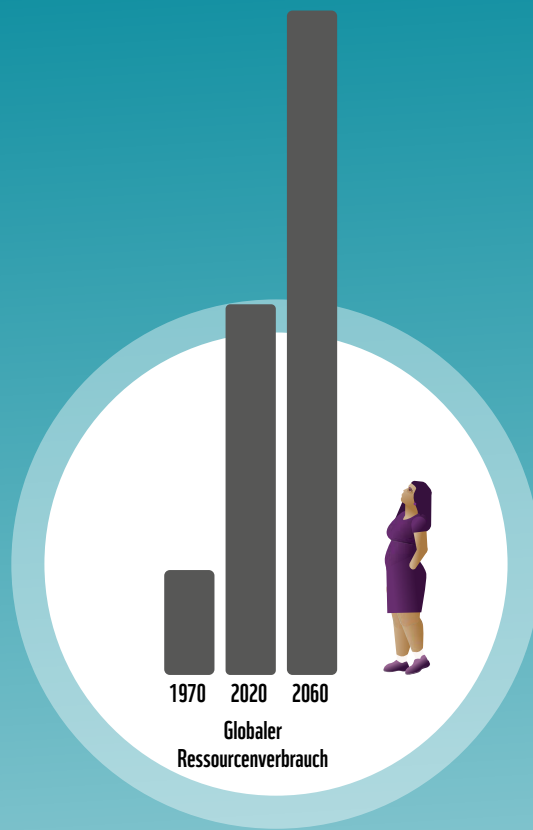
5. Gerechte Verteilung entscheidet über den Erfolg

Wer viel verbraucht, muss mehr Verantwortung für Ressourcenschutz übernehmen

Der Ressourcenverbrauch ist sehr ungleich verteilt. Haushalte mit hohem Einkommen von über 5.000 Euro netto pro Monat verursachen fast doppelt so viel Ressourcenverbrauch wie Haushalte mit niedrigem Einkommen unter 1.250 Euro. Der tatsächliche Verbrauch der obersten fünf bis zehn Prozent dürfte in der Realität signifikant höher liegen als in Modellen erfasst. Besonders in den Bereichen Bauinvestitionen und Mobilität steigt der Verbrauch mit dem Einkommen überproportional, während einkommensschwächere Haushalte vor allem damit befasst sind, ihren Grundbedarf zu decken.

Dieser Befund trifft auf ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung. 75 Prozent fordern, dass mit hohem Ressourcenverbrauch auch größere Verantwortung einhergehen muss. Die Forderung nach konkreten Maßnahmen ist entsprechend deutlich. 79 Prozent befürworten eine stärkere Besteuerung von Luxusgütern wie Privatjets, Yachten oder sehr großen Wohnflächen. Und 77 Prozent lehnen es ab, dass sich Wohlhabende nach dem Prinzip „Wer zahlen kann, darf mehr verbrauchen“ von ressourcenintensivem Verhalten freikaufen können.

Die Gesellschaft ist bereit für den Wandel hin zu geringerem Ressourcenverbrauch – aber nur, wenn diejenigen mit dem größten Verbrauch angemessen dazu beitragen. Ohne eine faire Verteilung von Lasten, Chancen und Infrastrukturen wird der notwendige Wandel weder akzeptiert noch von Dauer sein.



1. 16 Tonnen pro Kopf und ihre Folgen

Deutschlands Ressourcenproblem

Während CO₂-Emissionen und Klimakrise breite Aufmerksamkeit erfahren, bleibt der Ressourcenverbrauch im öffentlichen Diskurs ein blinder Fleck. Doch Rohstoffe und Emissionen sind zwei Seiten einer Medaille. Wer Rohstoffe abbaut, verbraucht Energie, meist fossil. Wer Material bewegt, verarbeitet und konsumiert, emittiert Treibhausgase und greift in Ökosysteme ein. Die globale Rohstoffentnahme hat sich seit 1970 mehr als verdreifacht: von rund 30 Milliarden Tonnen pro Jahr auf heute etwa 106 Milliarden Tonnen. Ohne Gegensteuern verdoppelt sie sich bis 2060 auf etwa 190 Milliarden Tonnen jährlich [1].

Bereits heute verursacht die Gewinnung und Verarbeitung von Materialien rund die Hälfte der weltweiten Treibhausgas-Emissionen, über 90 Prozent des Biodiversitätsverlusts und den überwiegenden Teil der Wasserknappheit [1]. Die ökologische Bilanz ist eindeutig: **Bergwerke verdrängen Wälder, Abraum verschmutzt Flüsse und Böden, Lebensräume verschwinden. Der Ressourcenverbrauch übersteigt planetare Grenzen und heizt die Klimakrise weiter an.**

Die Rohstofffrage unserer Zeit

Deutschland zählt zu den rohstoffintensivsten Volkswirtschaften der Welt [2]. Etwa 16 Tonnen Rohstoffe verbraucht jede:r Einzelne von uns im Jahr [3]. Das entspricht dem Gewicht von zehn Mittelklasse-Pkw

pro Person, jedes Jahr. Diese Kennziffer bildet den materiellen Lebensstil ab: Gebäude, Straßen, Fahrzeuge, aber auch Nahrung, Kleidung, Energie. Sie erfasst zudem versteckte Ströme: die Tonnen Erz für ein Smartphone, den Sand im Stadtbeton, die Agrarflächen im Ausland für unser Frühstück. Der Rohstoff-Fußabdruck (RMC) beziffert alle Primärrohstoffe, die für den inländischen Konsum entnommen werden, einschließlich der Vorleistungen im Ausland.

Dieser Verbrauch ist ökologisch nicht tragfähig, zudem auch ökonomisch riskant. Die deutsche und europäische Industrie ist auf den kontinuierlichen Zustrom importierter Rohstoffe angewiesen, was uns in hohem Maße verwundbar macht. Europa verbraucht ein Viertel der weltweiten Rohstoffe, fördert aber nur einen Bruchteil selbst [4]. Bei strategischen Rohstoffen verschärft sich die Lage. Geopolitische Spannungen werden so zu Versorgungsrisiken. Der Ukrainekrieg hat das Ausmaß der Verwundbarkeit offengelegt. Explodierende Energie- und Rohstoffpreise trafen auf eine hochgradig importabhängige Wirtschaft. Hoher Rohstoffverbrauch erhöht diese Anfälligkeit. **Eine Reduktion des primären Ressourcenverbrauchs ist daher auch eine Vorsorgemaßnahme zum Schutz wirtschaftlicher Resilienz.** Weniger Abhängigkeit von Rohstoffimporten bedeutet mehr Versorgungssicherheit und eine geringere Anfälligkeit für volatile Weltmärkte.

Mit der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie hat die Bundesregierung Ende 2024 erstmals auf diese

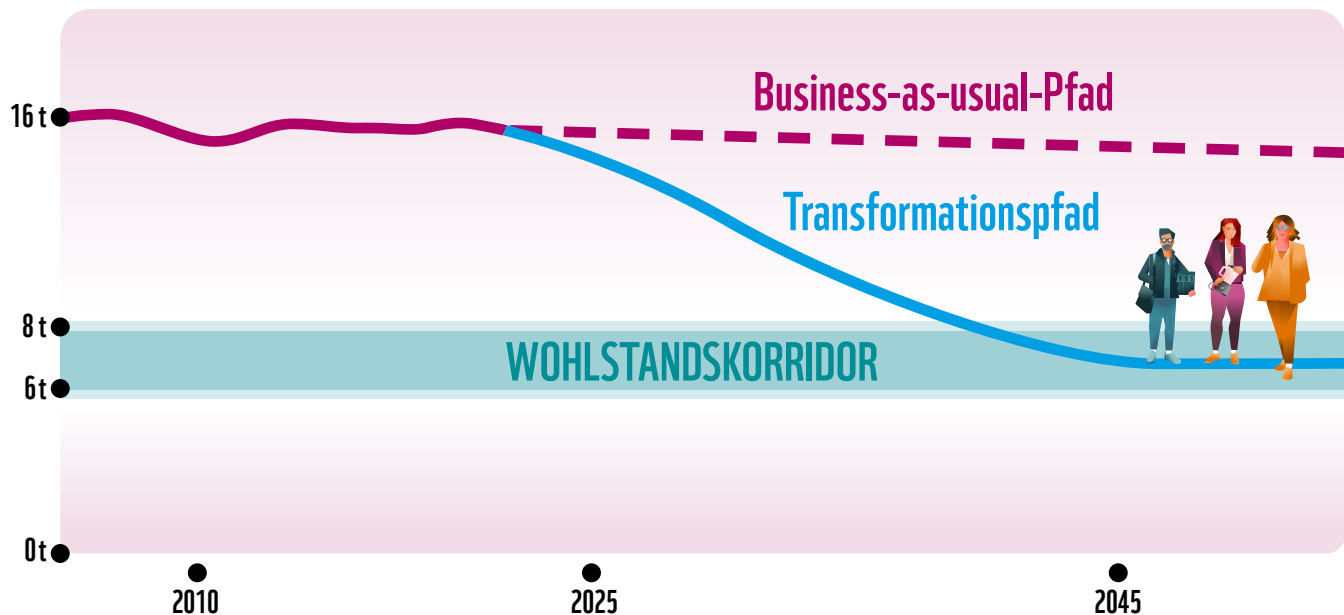


Abbildung 2. Entwicklung des Rohstoffverbrauchs pro Kopf in Deutschland (RMC) seit 2010 sowie Projektionspfade bis 2050

Quelle: Destatis; International Resource Panel (eigene Darstellung)

ökologischen und ökonomischen Risiken reagiert. Der Rohstoffverbrauch in Deutschland soll bis spätestens 2045 halbiert werden. Auch wenn dies nur als „Leitbild“ und nicht als gesetzliches Ziel formuliert wurde, so gibt es die Richtung vor: die Reduzierung des heutigen Pro-Kopf-Verbrauchs von 16 Tonnen RMC auf acht Tonnen RMC [5].

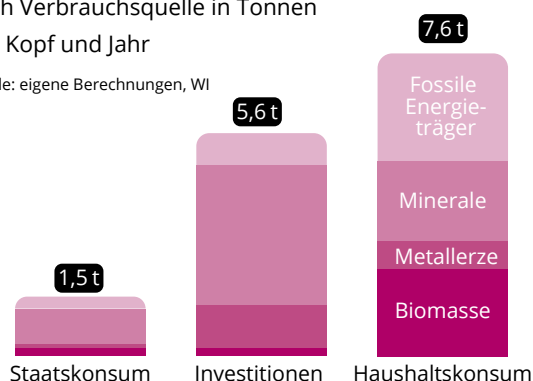
Das Leitbild beruft sich auf den aktuellen Forschungsstand, demzufolge rund sechs bis acht Tonnen pro Kopf Ressourcenverbrauch nachhaltig seien. Dieser Korridor ergibt sich aus Berechnungen des International Resource Panel zur Belastbarkeit der globalen Ökosysteme [6]. Er beschreibt die Menge an Material, die wir langfristig nutzen können, ohne

Klima, Böden, Wasser oder Biodiversität zu überfordern. Genau dorthin müssen wir bis zur Mitte des Jahrhunderts gelangen. Tatsächlich ist die Primärrohstoffnutzung in Deutschland zwischen 2010 und 2022 nur um etwa drei Prozent gesunken [7]. Würde sich dieses Tempo fortsetzen, fiel Deutschland erst im Jahr 2214 unter die Marke von acht Tonnen pro Kopf. **Um das 2045-Ziel zu erreichen, muss sich die Reduktionsgeschwindigkeit also ungefähr verachtfachen.**

Wo also sind die entscheidenden Hebel, um den Trend umzukehren? Der folgende Abschnitt zeigt, wie sich der Ressourcenverbrauch in Deutschland nach zentralen Stellschrauben und soziodemografischen Merkmalen aufschlüsseln lässt – basierend auf Modellierungen und Berechnungen des Wuppertal Institut – und welche Ansatzpunkte sich daraus ergeben.

Abbildung 3. Rohstoffkategorie nach Verbrauchsquelle in Tonnen pro Kopf und Jahr

Quelle: eigene Berechnungen, WI



Wo der Rohstoffverbrauch entsteht

Der Rohstoffverbrauch in Deutschland entsteht entlang unterschiedlicher Nachfragebereiche und Rohstoffgruppen. Einen großen Anteil machen Investitionen aus: 36 Prozent des Materialfußabdrucks entfallen z. B. auf Bauaktivitäten, Maschinen und Infrastrukturen. Hinzu kommt der staatliche Konsum mit rund zehn Prozent, für laufende Aufwendungen z. B. in öffentlichen Gebäuden. Private Haushalte

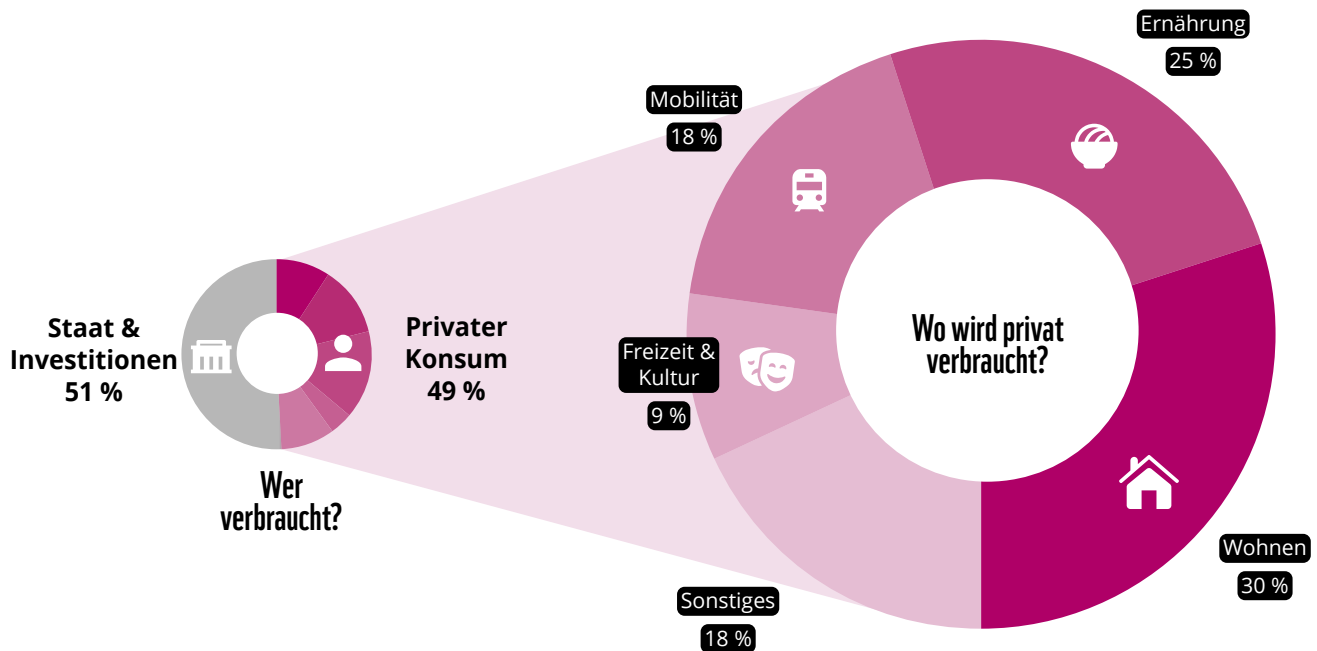


Abbildung 4. Anteile des Rohstoffverbrauchs in Deutschland nach Verbrauchsgruppen und Aufschlüsselung der privaten Nachfrage nach Lebensbereichen

Quelle: eigene Berechnungen, WI

1.1. Infobox

Welche Rohstoffe stecken in unserem Konsum?

Der Rohstoffkonsum (RMC) unterscheidet vier Rohstoffgruppen: nichtmetallische mineralische Rohstoffe (z. B. Sand, Kies, Kalkstein, Gips, Natursteine), metallische Rohstoffe (z. B. Eisen, Aluminium, Kupfer, Zink, Nickel), fossile Energieträger (z. B. Erdöl, Erdgas, Stein- und Braunkohle) sowie biotische Rohstoffe (z. B. Getreide, Pflanzenöle, Baumwolle, Futterpflanzen, Holz). Abiotische Rohstoffe sind nicht lebend und nicht nachwachsend, umfassen also alle Rohstoffgruppen außer den biotischen (Biomasse).

verursachen 49 Prozent, vor allem durch die Konsumfelder Wohnen, Heizen, Ernährung, Mobilität und Konsumgüter. Eine Nebenrolle spielen andere Kategorien wie nicht staatliche Organisationen oder Bestandsveränderungen.

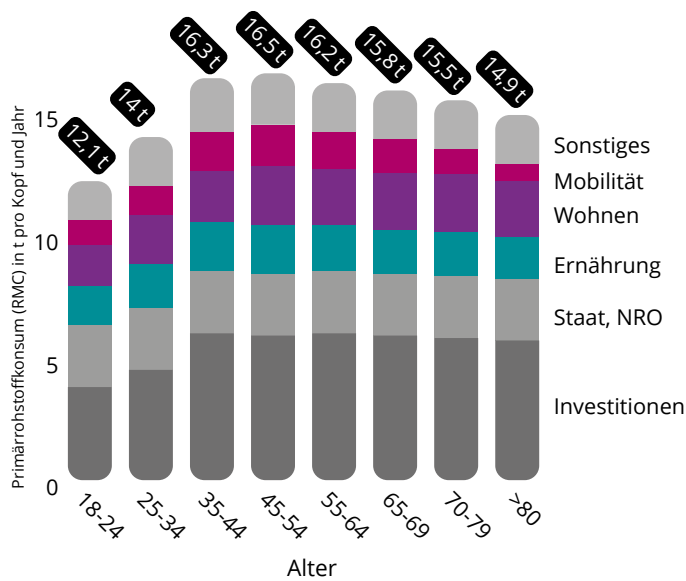
Deutlich wird: Wenige Kategorien verantworten den Hauptteil des Rohstoffverbrauchs. Besonders ressourcenintensiv sind Wohnen (14,5 Prozent), Ernährung (12,2 Prozent) und Wohnbau (15,4 Prozent). Auch Mobilität, Nichtwohnbau und sonstige Investitionen liegen im oberen Bereich. Wenn man allein den Konsum der privaten Haushalte betrachtet, sind Wohnen, Ernährung und Mobilität die größten Hebel.

Bei der Ernährung dominiert Biomasse. Abiotische Rohstoffe entstehen hier vor allem durch Verarbeitungsschritte wie Haltbarmachung oder Verpackung. Der größte Teil der fossilen Energieträger im Bereich Wohnen ist auf Heizen und Strom zurückzuführen, während sie bei der Mobilität vor allem durch Treibstoffe verursacht werden. Bereiche wie Gesundheit, Kommunikation oder Kleidung spielen im Gesamtbild eine deutlich kleinere Rolle. Die Verteilung macht deutlich, dass insbesondere Grundbedürfnisse wie Wohnen und Ernährung entscheidend zum Gesamtfußabdruck beitragen.

Wenn wir die Ressourcennutzung mit einem Input-Output-Modell (Siehe Infobox 1.2.) pro Kopf berechnen, ermitteln wir Durchschnittswerte. Sie zeigen rechnerisch, wie viel Ressourceneinsatz auf eine einzelne Person entfällt. Diese Werte sind jedoch nicht „rein individuell“ zu verstehen, weil in ihnen immer auch die gesellschaftlichen Gegebenheiten zum Ausdruck kommen, unter denen wir leben und konsumieren, etwa Produktionsweisen, Infrastruktur oder Energiebereitstellung. Umgekehrt wirkt individuelles Verhalten auf diese Strukturen zurück: Durch Kaufentscheidungen, Mobilitätsgewohnheiten oder Ernährungsstile nehmen wir Einfluss darauf, welche Produkte und Dienstleistungen angeboten werden und in welche Technologien investiert wird. Die Ergebnisse spiegeln also das Zusammenwirken zwischen individuellen Entscheidungen und kollektiven

Abbildung 5. Rohstoffverbrauch pro Kopf nach Altersgruppen

Quelle: eigene Berechnungen, WI



tiven Rahmenbedingungen wider und lassen sich nicht trennscharf darstellen.

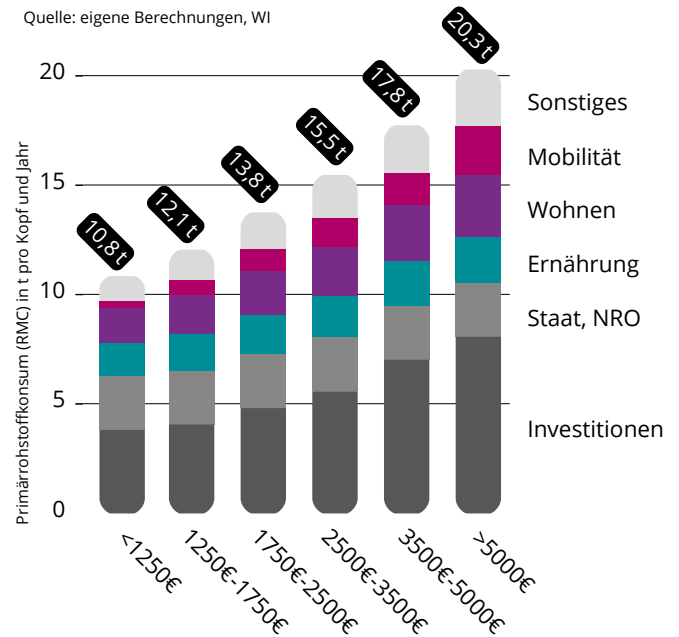
Das Fazit: Wer systematisch an Wohnen und Bauinvestitionen sowie an Ernährung und Mobilität ansetzt, kann besonders viel bewirken, politisch wie privat. Genau deshalb lohnt der Blick auf unterschiedliche Lebensstile, um zu ermitteln: Wo entstehen unvermeidbare Verbräuche und wo liegt echtes Einsparpotenzial?

Soziodemografische Faktoren

Wir haben den heutigen Ressourcenverbrauch entlang dreier gesellschaftlicher Merkmale analysiert: Einkommen, Alter und Wohnort. Dabei zeigt sich: Das Einkommen ist der stärkste Treiber. Wer mehr Geld hat, verbraucht mehr Ressourcen. Während einkommensschwache Haushalte mit weniger als 1.250 Euro im Monat durchschnittlich 10,8 Tonnen Ressourcen pro Person und Jahr verbrauchen, liegt der Wert in Haushalten mit über 5.000 Euro bei mehr als 20 Tonnen fast doppelt so hoch. Der größte Unterschied zeigt sich in jenen Bereichen, die über die Grundbedürfnisse hinausgehen: bei Mobilität, Konsumgütern, Investitionen. Während Menschen mit niedrigem Einkommen den Großteil ihrer Ressourcen für Wohnen und Ernährung aufwenden müssen – also für das Notwendige –, entfällt bei Wohlhabenderen ein erheblicher Teil auf Bereiche, in denen Reduktion möglich und zumutbar wäre, ohne dass die Lebensqualität leidet.

Abbildung 6. Rohstoffkonsum pro Kopf und Jahr in Abhängigkeit vom monatlichen Nettohaushaltseinkommen, differenziert nach Konsum

Quelle: eigene Berechnungen, WI



Ressourcennutzung folgt bei der Altersverteilung einem „bauchigen“ Muster: In jungen Jahren ist der Verbrauch niedrig, in der Mitte steigt er deutlich, erst im Alter sinkt er langsam wieder. 18- bis 24-Jährige kommen im Schnitt auf 12,1 Tonnen pro Jahr. Wenig Wohnraum, begrenzte Mobilität, kaum Investitionen, das hält den Fußabdruck niedriger. Zwischen 35 und 54 Jahren erreicht der Verbrauch mit über 16 Tonnen seinen Höhepunkt. Ursachen sind größere Wohnflächen, hohe Investitionen (z. B. Hausbau) und ressourcenintensive Mobilität im Alltag. Im Alter sinkt der Fußabdruck, vor allem wegen reduzierter Mobilität. Der Wohnverbrauch bleibt jedoch konstant hoch. Das Konsumfeld Ernährung schlägt in allen Altersgruppen mit elf bis 13 Prozent zu Buche. Wohnen wächst von 1,7 auf 2,4 Tonnen, bleibt aber auch im Alter nahezu stabil. Mobilität steigt und fällt deutlich: von 1,0 Tonne in der Jugend auf 1,7 Tonnen im mittleren Alter, später auf 0,7 Tonnen. Der Ressourcenverbrauch zum Aufrechterhalten der Gesundheit nimmt erwartungsgemäß im Alter zu, bleibt jedoch mengenmäßig untergeordnet. Insgesamt zeigt sich ein typischer Lebenszyklusverlauf: ein niedriger Ressourcenverbrauch in der Jugend, ein starker Anstieg in der Familien- und Erwerbsphase, gefolgt von einem Rückgang mit zunehmendem Alter.

Auch der Urbanisierungsgrad wirkt sich auf die Bedarfsstruktur aus. In Städten liegt der durchschnittliche Ressourcenverbrauch bei 14,8 Tonnen pro Person, in Vororten bei 16,4 Tonnen, auf dem Land am höchsten bei 16,7 Tonnen. Entscheidend

Abbildung 7. Rohstoffverbrauch pro Kopf nach Siedlungsraum

Quelle: eigene Berechnungen, WI



für den höheren Verbrauch in Vororten und auf dem Land sind vor allem zwei Bereiche: Investitionen und Mobilität. Grund dafür sind geringere Nahversorgung und längere Fahrwege im ländlichen Raum. Der Ressourcenverbrauch fürs Wohnen bleibt überall ähnlich. Freizeit und Kultur haben in Städten etwas mehr Anteil als auf dem Land.

Fazit: Der größte Hebel liegt bei Wohnen, Ernährung, Mobilität

Aus der Verteilung des Materialfußabdrucks ergibt sich eine klare Prioritätensetzung: **Der größte Hebel besteht nicht in „kleinen Konsumkorrekturen“, sondern in den großen, materialintensiven Systemen Bauen und Wohnen, Ernährung sowie Mobilität**, die zusammen den Rohstoffverbrauch prägen. Zugleich zeigen die soziodemografischen Unterschiede, dass Ressourcenverbrauch weniger eine Frage individueller Moral ist als eine von Einkommen, Infrastruktur und Investitionsmustern. Einsparpotenziale ruhen vor allem dort, wo über Grundbedürfnisse hinaus konsumiert wird und wo Strukturen zu hohen Verbräuchen führen. Damit stellt sich für den Pfad von „acht Tonnen bis 2045“ die Frage, der nachfolgend nachgegangen wird: Welche Veränderungen individueller, politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind im Hinblick auf Investitionen, Angebote und Alltagspraktiken nötig, damit ressourcenleichte Lebensstile nicht zur Ausnahme gehören, sondern zum Normalfall werden, im System wie im Haushaltskonsum?

1.2. Infobox

Modell und Datengrundlage

Zur Berechnung des Rohstoffverbrauchs wurde ein gesamtwirtschaftliches Modell mit hybridem Input-Output-Ansatz verwendet. Dieses Modell verbindet wirtschaftliche Verflechtungen mit physischen Stoffströmen und folgt den Eurostat-Standards zur Berechnung des Rohstoffkonsums (Raw Material Consumption, RMC). Der RMC erfasst sowohl den inländischen Rohstoffverbrauch als auch jene Rohstoffe, die im Ausland für importierte Güter benötigt werden. Ausgewiesen wird der Rohstoffverbrauch in vier Materialgruppen: nichtmetallische Mineralien, Metalle, fossile Energieträger und biotische Rohstoffe.

Die Berechnungen basieren auf Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis), die für das Projekt aktualisiert und aufbereitet wurden. Als Bezugsjahr für die Modellierung wurde das Jahr 2019 gewählt, da es das letzte Jahr vor den starken Verzerrungen durch Pandemie und geopolitische Krisen darstellt.

Im Modell wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in vier Sektoren unterteilt: staatlicher Konsum, private Haushalte, Investitionen sowie Ausgaben von Nichtregierungsorganisationen (NROs). Für private Haushalte und Investitionen erfolgte zusätzlich eine detaillierte Zuordnung nach Bedürfnisfeldern (z. B. Ernährung, Mobilität, Wohnen) sowie nach Investitionsarten (z. B. Wohnbau, Ausrüstungsgüter). Um den Ressourcenverbrauch verschiedener Bevölkerungsgruppen zu ermitteln, wurde das Modell mit Daten aus repräsentativen Haushaltsumfragen verknüpft [8]. Diese Daten liefern detaillierte Informationen zu Konsumausgaben, Wohnsituation und sozioökonomischen Merkmalen. Investitionen im Wohnbau wurden auf Basis von Eigentumsverhältnissen und Wohnflächen zugeordnet, andere Anlageinvestitionen proportional zur Konsumnachfrage verteilt. Staatlicher Konsum und NRO-Ausgaben wurden für alle Gruppen gleich angesetzt.



2. Methodik und Annahmen

Wie Bürger:innen ein 8-Tonnen-Deutschland entwerfen

Wie ein Pfad zu acht Tonnen Rohstoffkonsum pro Kopf konkret aussehen kann, ist keine rein technische Modellfrage, sondern eine der gesellschaftlichen Gestaltung. Die Modellierung zeigt, dass rund die Hälfte des Rohstoffverbrauchs auf die private Nachfrage entfällt. Ein 8-Tonnen-Pfad erfordert daher zwingend auch eine Reduktion auf der Nachfrageseite. Diese Perspektive deckt sich mit der internationalen Klimaforschung. Nachfragereduktion („demand-side measures“) gelten dort zunehmend als zentrale Hebel für die Einhaltung planetarer Grenzen [9], [10], [11]. Unter anderem verweist auch der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in seinem sechsten Sachstandsbericht auf das hohe Minderungspotenzial veränderter Konsummuster und alltagstauglicher Lebensstile [12]. Denn die notwendige Reduktion betrifft zentrale Bereiche des Alltags (Wohnen, Ernährung, Mobilität) und ist eng mit Infrastruktur, Investitionsentscheidungen und politischen Rahmenbedingungen verknüpft. Genau deshalb lag dem Projekt so daran, solche Zukunftsbilder in einem deliberativen, also in einem sorgfältig durchdachten Beteiligungsprozess gesellschaftlich zu erarbeiten.

Bürgerforum als Forschungsformat

Der WWF Deutschland hat dafür 2025 ein Bürgerforum initiiert, in dem 28 Bürger:innen aus ganz Deutschland an sechs Beteiligungstagen zentrale Leitfragen diskutierten: Wie könnte ein gutes Leben im Jahr 2045 aussehen unter der Bedingung eines Rohstoffverbrauchs von weniger als acht Tonnen pro Kopf? Welche Veränderungen gelten als realistisch, welche als wünschenswert und welche politischen sowie infrastrukturellen Voraussetzungen wären

dafür nötig? Aus diesen Diskussionen wurden konkrete Annahmen für ein Zielbild 2045 abgeleitet. Ziel war es, qualitative Erzählungen mit quantitativen Modellierungen zu verknüpfen und dadurch sowohl inhaltliche als auch kommunikative Grundlagen zur Halbierung des Rohstoffverbrauchs bis 2045 zu schaffen.

Als Beteiligungsformat entschied sich das Projektteam für ein zielgruppenspezifisches Bürgerforum. Ausgewählte Teilnehmende setzten sich über Monate mit den Leitfragen auseinander, entwickelten Lösungsansätze und erarbeiteten Handlungsempfehlungen. Der Fokus lag auf Personen, deren Lebenssituation – etwa Alter, Wohnsituation oder Mobilitätsbedarf – besonders relevant für ressourcenbezogene Entscheidungen ist. Ausschlaggebend war die modellgestützte Analyse des Ressourcenverbrauchs, die zeigt, dass insbesondere Haushalte mit höheren Einkommen überdurchschnittlich zum Materialfußabdruck beitragen. Zugleich belegen sozialwissenschaftliche Studien die vergleichsweise hohe Bereitschaft für Verhaltensänderungen einkommensstärkerer Sinus-Milieus bei der sozial-ökologischen Transformation [13]. Für die Auswahl wurden folgende Kriterien definiert:

- mittleres bis höheres Einkommen
- unterschiedliche Lebensphasen (Altersgruppen)
- unterschiedliche Wohnsituationen (Stadt, Vorstadt, Land)
- ausgewogenes Geschlechterverhältnis
- relevante Konsumindikatoren (u. a. Wohnfläche, Autobesitz, Fernreisen)



„Wenn man viele
Alltagsprobleme hat und
ständig überlastet ist,
ist Wohlstand eigentlich
gar nicht möglich.“



Insgesamt gingen 48 geeignete Bewerbungen ein. 28 Personen nahmen schließlich teil und wurden für ihren Aufwand entschädigt. Die Gruppe bestand aus 22 Frauen und sechs Männern aus allen Bundesländern. Die Einkommensverteilung umfasste Haushalte im mittleren bis höheren Bereich. Die Wohnorte waren ungefähr gleich auf städtische, vorstädtische und ländliche Regionen verteilt. Diese heterogene Zusammensetzung ermöglichte es, heterogene Perspektiven zu ermitteln und in die Zukunftsbilder einzubeziehen. Andererseits ist ein gewisser Self Selection Bias wahrscheinlich, da sich die Teilnehmenden freiwillig für das Bürgerforum beworben hatten. Obwohl versucht wurde, Personen mit einem offensichtlich höheren Konsum (Autobesitz, mehr Flüge, größere Häuser usw.) auszuwählen, leben einige der Teilnehmenden bereits einen suffizienten Lebensstil. Die Erkenntnisse wurden anschließend in einer repräsentativen Befragung mit 1.001 Personen ohne spezifische Zielgruppenfokussierung überprüft (siehe Kapitel 4).



Modellierung des Zielbilds 2045

Die Übersetzung solcher qualitativen Zukunftsbilder in Modellrechnungen erfordert konsistente Annahmen darüber, wie sich Gesellschaft, Infrastruktur, Technologien und Konsumverhalten entwickeln könnten. Um die Ergebnisse anschlussfähig, plausibel und methodisch belastbar zu halten, stützt sich die Modellierung des Zieljahres 2045 auf ein wissenschaftlich etabliertes Szenario: das GreenSupreme-Szenario aus dem RESCUE-Projekt des Umweltbundesamtes, das mit über hundert Expert:innen über vier Jahre erarbeitet wurde [13]. Dieses beschreibt ein Zielbild für ein treibhausgasneutrales und ressourcenschonendes Deutschland, in dem der Pro-Kopf-Rohstoffverbrauch auf sechs bis acht Tonnen pro Jahr sinken kann – im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den Vorgaben des deutschen Klimaschutzgesetzes. Es verbindet technologische Transformation, geeignete politische Rahmenbedingungen und veränderte Konsummuster zu einem konsistenten Gesamtbild und basiert – wie auch der hier gewählte Ansatz – auf einem umfassenden Ressourcenmodell mit technologischen Entwicklungspfaden etwa in Energie, Industrie und Gebäudeeffizienz (siehe Infobox 2.1.). Eine vollständige Übersicht der Annahmen zu dem GreenSupreme-Szenario findet sich in Purr et al. [13] und Dittrich et al. [14].

Zukünftige Lebensräume

Über die zentralen systemischen GreenSupreme-Annahmen des Szenarios hinaus wurden von den 28 Beteiligten in Workshops und Diskussionsrunden weitere räumliche Annahmen entwickelt, also zu städtischen, vorstädtischen und ländlichen Lebensräumen. Dabei wurden bestehende GreenSupreme-Annahmen teilweise geschärft, verstärkt oder abgeschwächt, um sie auf unterschiedliche Lebensräume zu übertragen. Sie beschreiben, wie ein ressourcenleichter Alltag in städtischen, vorstädtischen und ländlichen Lebensräumen aussehen kann.

Die Vision einer „Stadt der kurzen Wege“ spiegelt sich in zentralen, fußläufigen Strukturen wider: Wohnen, Arbeit, Freizeit und Bildung liegen nah beieinander, Verkehr wird vor allem emissionsfrei und vielfach gemeinschaftlich organisiert, während multifunktionale Gebäude und grüne Begegnungsräume die Lebensqualität steigern. Geteilte Infrastruktur, Gemeinschaftsküchen und -gärten sind hier ebenso selbstverständlich wie ein dichtes Netz aus ÖPNV, Radwegen und verkehrsfreien Quartieren.

Das Leben in der Vorstadt zeichnet sich durch verdichtetes, modulares Wohnen, gemeinschaftlich genutzte Räume und eine verbindende, nachbarschaftliche Kultur aus. Energie wird kooperativ aus Wind- und Solarstrom erzeugt. Mobilitätsbedarfe



werden durch Carsharing, Anrufsammeltaxi und Nahverkehr gedeckt. Freizeitangebote und Konsum sind stärker im Quartier verankert. Gemeinschaftliche Landwirtschaft und Tauschläden fördern den lokalen Zusammenhalt.

Das ländliche Leben spielt sich vornehmlich in Mehrgenerationenhäusern ab. Dort stärken zusätzliche Gemeinschaftsküchen das soziale Leben. Die Lebensmittelversorgung wird zentral organisiert und ist ein Ausdruck gemeinschaftlicher Organisation. Zur Unabhängigkeit trägt die regionale Versorgung mit Energie aus Mini-Wasserkraft, Solar und Abwärme bei. Bisher versiegelte Flächen werden renaturiert. Die städtischen Zentren sind über flexible E-Mobilität und Ruf-Sammeltaxis erreichbar.

2.1. Infobox

Systemannahmen im Zielbild 2045

- die vollständige Defossilisierung der Energieversorgung und Umstellung auf erneuerbare bzw. synthetische Energieträger in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität
- die vollständige Defossilisierung der Industrie und der Ersatz fossiler durch synthetische Rohstoffe
- die Ausschöpfung umfangreicher Effizienzpotenziale bei Energie- und Rohstoffnutzung
- der umfassende Ausbau einer weitgehenden Kreislaufwirtschaft in allen verarbeitenden Sektoren
- die Reduktion unvermeidbarer Emissionen durch technologische Umstellungen in Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Industrie
- der Stopp flächenverbrauchender Siedlungsentwicklung
- die Reduktion von Abfällen
- eine wachstumsfreie Entwicklung (Nullwachstum) der Wirtschaft ab dem Jahr 2030





In sechs Beteiligungstagen im Frühling und Sommer 2025 kam das Bürgerforum immer wieder zusammen: mal an Tischen voller Post-its, mal vor Bildschirmen und Miro-Boards, immer mit spürbarer Neugier. In Polak-Games und Warm Data Labs wurden Rollen getauscht und Zukunftsannahmen auf den Kopf gestellt. Komplexe Fragen lassen sich allein oft kaum greifen, im Austausch dagegen entsteht ein gemeinsames Denken, das mehr sieht als die Summe der Einzelnen. Gerade im Warm Data Lab, einem von Nora Bateson entwickelten Dialogformat, wurde dafür Raum geschaffen: Persönliche Erfahrungen trafen auf „kalte“ Zahlen und wurden aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Was bedeuten diese acht Tonnen konkret für mein Leben, die Wirtschaft, Gesundheit oder Bildung?

Besonders visuell ausdrucksstark waren die Postkarten aus der Zukunft. In stillen Momenten schrieben die Teilnehmenden kurze Szenen aus ihrem Alltag im Jahr 2045 – an Kinder, Freund:innen oder an sich selbst. Später tauchten diese Texte als KI-visualisierte Bilder wieder auf. Viele blieben davor stehen, diskutierten, zweifelten, fragten: Soll so unser 2045 wirklich aussehen?

Der Gallery Walk brachte schließlich die Teilnehmenden zurück ins Hier und Jetzt. Auf Tischen und an Wänden waren Materialströme und Konsumfelder ausgebreitet, ergänzt durch Playmobil-Figuren und „Laborfleisch“ aus Gummi. Was sonst abstrakt bleibt, wurde plötzlich greifbar. Immer wieder dieses leise „Ach so“. Und dann die Gespräche darüber, was wir davon wirklich brauchen und was wir uns künftig anders wünschen.





3. Viele Wege führen zum ressourcenleichten Leben

Fünf Personas im Jahr 2045

Dem Projekt lag daran, keine Blaupause für das ressourcenleichte Leben zu entwerfen. Ziel war es vielmehr, unterschiedliche Kombinationen von Anpassungen verschiedener Lebensbereiche – Wohnen, Mobilität, Ernährung, Konsum, Arbeit – zu entwickeln. So sollte Raum bleiben für individuelle Prioritäten und Lebenssituationen.

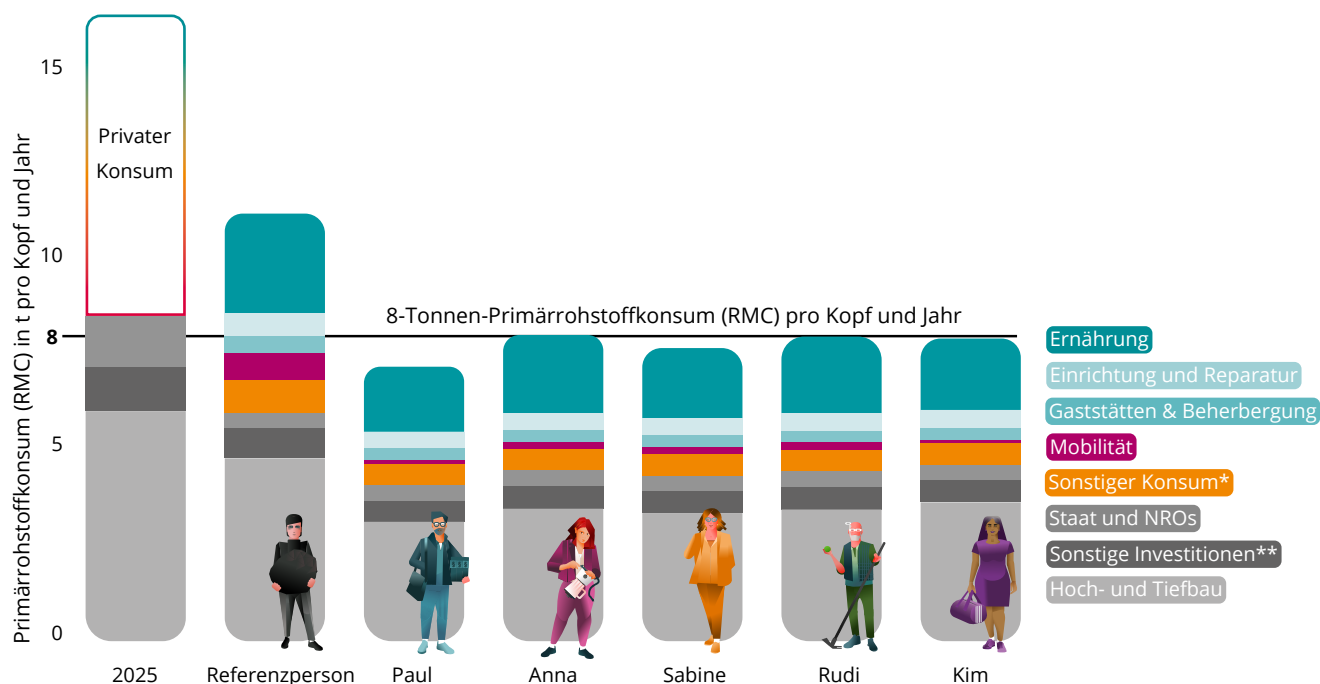
Um diese Vielfalt ressourcenleichter Lebensweisen greifbar zu machen, erarbeitete das Bürgerforum konkrete Personas. Diese fiktiven, aber lebensweltlich verankerten Charaktere veranschaulichen, wie verschiedene Menschen – etwa eine Pendlerin

mit Familie, ein Rentner auf dem Land oder eine alleinstehende Städterin – ressourcenschonend leben könnten, ohne dass darunter Lebensqualität oder grundlegende Bedürfnisse leiden. Die Personas dienen dabei nicht nur der Illustration, sondern auch als Grundlage für die spätere quantitative Modellierung. Jede Persona repräsentiert ein kohärentes Bündel von Verhaltensänderungen, deren Ressourcenwirkung berechnet werden konnte. Folgende Personas wurden von den 28 Teilnehmenden entwickelt und vom Wuppertal Institut hinsichtlich ihres Primärrohstoffkonsums modelliert.

Abbildung 8. Vergleich der Materialfußabdrücke (RMC) der Personas im Jahr 2045

** umfasst Ausrüstungen, Anlagen, Vorräte und Wertsachen. * umfasst Freizeit, Kultur, Bildung, Gesundheit, Kommunikation, Kleidung sowie Wohnen und Energie. Konsumfelder für 2025 im privaten Konsum nicht differenziert, da abweichende Kategorisierung.

Quelle: eigene Berechnung, WI





Paul
27 Jahre

Paul ist 27, Jurist und lebt mit seiner Freundin Paula zusammen, in einer hellen Wohnung mit etwa 38 Quadratmetern pro Kopf.

Der kompakte Wohnraum ist Teil eines Gebäudekomplexes mit gemeinschaftlichen Küchen (neben einer kleinen eigenen Küchenzeile), Werkstätten und Dachgärten, was den privaten Platzbedarf reduziert. Die beiden ernähren sich fast ausschließlich pflanzlich und bevorzugen regionale, unverpackte Lebensmittel. Kleidung und Elektronik werden überwiegend second-

hand erworben und lange genutzt. Das eigene Auto haben sie abgeschafft; stattdessen sind sie mit Fahrrad, ÖPNV und gelegentlichem Carsharing unterwegs. Mit einer 30- bis 35-Stunden-Woche bleibt beiden mehr Zeit für Engagement im Gemeinschaftsgarten. Sie genießen die neue Leichtigkeit eines ressourcenschonenden Lebensstils, ringen aber noch mit der Sehnsucht nach spontanen Fernreisen. Mit 7,2 Tonnen RMC pro Jahr liegen Paul und Paula deutlich unter acht Tonnen, vor allem dank pflanzenbetonter Ernährung, kompakter Wohnfläche und autofreiem Lebensstil.



Anna

38 Jahre

Anna ist 38, arbeitet Teilzeit im Controlling und lebt mit ihrem Partner, zwei Grundschulkindern und einem Golden Retriever in einem Reihenhauses in der Vorstadt mit rund 40 Quadratmetern pro Kopf.

Sie investiert gezielt in klimafreundliche Sanierungsmaßnahmen. Ein Auto besitzt sie noch, nutzt aber überwiegend Fahrrad, ÖPNV und den Zug, Flugreisen höchstens alle fünf Jahre. Ihre Ernährung ist Mischkost

mit deutlich weniger tierischen Produkten, regional und oft bio. Lebensmittelabfälle liegen unter 500 Gramm. Kleidung, Geräte und Möbel nutzt sie lange, kauft gelegentlich secondhand und leiht gezielt Dinge. Digitale Geräte nutzt sie mehrere Jahre. Reparierbarkeit ist ihr wichtiger als ständiger Neukauf. Mit einer 30- bis 35-Stunden-Woche hat sie mehr Zeit für Kultur, Natur und Familie. Annas Fußabdruck liegt damit 2045 bei acht Tonnen.



Sabine

55 Jahre

Sabine ist 55, Lektorin, angestellt und freiberuflich. Sie lebt allein am Stadtrand, nun in einer auf 40 m² reduzierten, energetisch modernisierten Eigentumswohnung.

Der Schritt fiel ihr schwer. Der Abschied von ihren früheren 78 Quadratmetern war ein echter Einschnitt. Doch inzwischen schätzt sie die ruhige, gut angebundene Lage und die gemeinschaftlich genutzten Räume im Gebäude, ohne selbst in ein Wohnprojekt einziehen zu müssen. Sie bewegt sich fast nur zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit der Bahn und nutzt das Auto kaum noch.

Ihre Ernährung ist vollständig vegetarisch, regional und verpackungsarm. Lebensmittelabfälle bleiben unter 500 Gramm pro Woche. Kleidung, Technik und Möbel nutzt sie lange, kauft gelegentlich secondhand und achtet besonders auf Reparierbarkeit. Ihre Freizeit ist erfüllt von Kultur, Ehrenamt, Natur und engen sozialen Kontakten. Flugreisen sind selten geworden, vielleicht einmal in zehn Jahren. Mit 7,7 Tonnen RMC liegt sie 2045 im ambitionierten Bereich und weiß, dass ihre Wohnflächenreduktion den größten Einfluss auf ihren deutlich gesunkenen Fußabdruck genommen hat.



Er ernährt sich bio, vegetarisch und achtet auf Abfallvermeidung.

Rudi lebt mit Partner ohne Kinder auf dem Land mit 39,6 qm pro Person.

Rudi fährt Fahrrad, läuft viel und hat ein Auto.

Rudi kauft selten neu. Einrichtung nutzt er so lange wie möglich.

Rudis Handy und Laptop nutzt er bis zu 5 Jahre lang.

Rudi
73 Jahre

Rudi ist 73, ehemaliger Bankfilialleiter, lebt auf dem Land, nun in einem energetisch modernisierten Eigentumshaus mit rund 39,6 Quadratmetern pro Kopf.

Ein Umzug oder gemeinschaftliches Wohnen kommt für ihn nicht infrage, obwohl er neugierig auf schöne Beispiele geworden ist. Statt zwei Autos fahren er und sein Partner nur noch ein kleineres E-Modell und bewegen sich viel zu Fuß, mit Fahrrad und Zug, wo es möglich ist. Fernreisen per Flugzeug macht er nicht mehr. Seine Er-

nährung ist überwiegend vegetarisch, regional und bio. Oft tauscht er seinen Eigenanbau in der Nachbarschaft. Lebensmittelabfälle minimiert er mit Erfahrung und guter Vorratshaltung. Kleidung und Alltagsgegenstände nutzt er lange, leiht häufiger Werkzeuge in der Nachbarschaft und kauft nur gelegentlich secondhand. Digitale Geräte nutzt er jahrelang. Qualität schlägt Neuheit. In seiner Freizeit widmet er sich dem Garten, der Familie und handwerklichen Aufgaben. Rudis Ressourcenkonsum liegt bei 7,95 Tonnen.



Kim

46 Jahre

Kim ist 46, Projektmanagerin in einem großen Gesundheitsunternehmen, karriereorientiert und lebt 2045 mit ihren inzwischen jugendlichen Kindern zusammen, nun in einer modernen, energieeffizient sanierten Eigentumswohnung mit rund 52 Quadratmetern pro Kopf in der Stadt.

Das Auto ist endgültig passé. Sie pendelt mit Bahn und Fahrrad, nutzt für längere Strecken den Zug. Flugreisen sind aus ihrem Leben verschwunden. Ihre Ernährung ist vollständig vegetarisch, überwiegend bio und regional, Lebensmittelabfälle bleiben minimal. Kleidung, Möbel

und Technik kauft sie selten, meist secondhand oder langlebig – und nutzt alles doppelt so lang wie früher. Beruflich ist sie weiterhin in Vollzeit tätig und möchte weder zurückschalten noch Kompromisse bei ihrer Karriere machen. Erholung findet sie in Theaterbesuchen, im Garten, im Kino und im Austausch mit ihrem eng vernetzten Umfeld. Mit 7,9 Tonnen RMC zeigt Kim, dass ein anspruchsvoller Job und ein ressourcenschonender Alltag vereinbar sind, auch wenn sie innerlich immer wieder mit den unterschiedlichen Erwartungen in ihrer Familie ringt.



Referenzpersona

Alle dargestellten Personas stehen im deutlichen Kontrast zu einer Referenzpersona, die als Vergleichsmaßstab dient. Sie steht nicht für eine reale Person und auch nicht für ein gewünschtes Zielbild, sondern beschreibt, wie hoch der Ressourcenkonsum auch 2045 noch wäre, wenn sich am Lebensstil nahezu nichts ändert und lediglich die technologischen und infrastrukturellen Verbesserungen wirksam werden, die im Szenario GreenSupreme (siehe Infobox 2.1.) unterstellt sind.

Die Referenzpersona übernimmt somit das heutige durchschnittliche Konsummuster weitgehend unverändert in die Zukunft. Sie lebt auch 2045 auf rund 49 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf, nutzt ein eigenes Auto sehr regelmäßig und kauft Kleidung, technische Geräte und Möbel überwiegend neu. In der Ernährung dominieren weiterhin Fleisch- und Milchprodukte sowie stark verarbeitete Lebens-

mittel. Regionale oder biologische Produkte bleiben die Ausnahme. Reparatur-, Sharing- oder Second-hand-Angebote spielen kaum eine Rolle. Freizeit ist stärker konsumorientiert, etwa durch regelmäßiges Shopping, Streaming und Reisen.

Trotz effizienterer Technologien und besserer Infrastruktur liegt ihr Primärrohstoffkonsum 2045 bei 11,2 Tonnen RMC pro Jahr. Damit verbraucht die Referenzpersona weiterhin rund drei Tonnen mehr als der durchschnittliche GreenSupreme-Wert und mehr als 1,5-mal so viel wie Paul. Die Referenzpersona macht damit deutlich: Strukturelle Verbesserungen allein reichen nicht aus, um das 8-Tonnen-Ziel zu erreichen. Ohne Veränderungen in zentralen Alltagsbereichen bleibt der Rohstoffverbrauch deutlich oberhalb nachhaltiger Niveaus.

Abbildung 9.

Lebensstilmerkmale und Ressourcenverbrauch der fünf Personas im Jahr 2045

Quelle: eigene Berechnung, WI

					
	Paul	Anna	Sabine	Rudi	Kim
Alter	27	38	55	73	46
Haushalts-situation	Paarhaushalt ohne Kinder	Paarhaushalt mit Kindern	Single-Haushalt	Paarhaushalt ohne Kinder	Paarhaushalt mit Kindern
Wohnort	Urban	Suburban	Suburban	Ländlich	Urban
Ernährung	vegetarisch, bio, kaum Abfälle	Regional, gelegentlich Fleisch	Vegetarisch, regional und bio	Vegetarisch, regional, wenig Abfall	Vegetarisch, deutlich weniger Tierisches
Wohnfläche p. P.	38 m²	40 m²	40 m²	39,6 m²	51,8 m²
Mobilität	Meist Rad & Bus, ohne eigenes Auto	Eigenes Auto plus manchmal ÖPNV	Ein Auto, sonst viel zu Fuß	Mit dem Auto, Fuß & Rad	ÖPNV dominiert, kein eigenes Auto
Elektronik Nutzungsdauer	Smartphone 4–5 J. Laptop ≥5 J. ICT-Secondhand: immer	Smartphone 2–3 J. Laptop 4–5 J. ICT-Secondhand: manchmal	Smartphone 4–5 J. Laptop ≥5 J. ICT-Secondhand: nie	Smartphone 4–5 J. Laptop ≥5 J. ICT-Secondhand: nie	Smartphone 4–5 J. Laptop ≥5 J. ICT-Secondhand: manchmal
Einrichtung/ Möbel	Neukauf ca. 1×/J.; gelegentlich Secondhand; künftig regelmäßig gebraucht statt neu; möglichst Leihen/ Sharing	Neukauf ca. 2×/J.; selten/nie Secondhand; Nutzung so lange wie möglich; künftig regelmäßig gebraucht; regelmäßig Leihen/ Sharing	Neukauf ca. 1×/J.; gelegentlich Secondhand; Nutzung so lange wie möglich; künftig regelmäßig/fast nur gebraucht; möglichst Leihen/ Sharing	Neukauf ca. alle 3 J.; gelegentlich Secondhand; Nutzung so lange wie möglich; künftig gelegentlich gebraucht; regelmäßig Leihen/ Sharing	Neukauf ca. alle 3 J.; oft Secondhand; Nutzungsdauer deutlich verlängern; künftig regelmäßig gebraucht; regelmäßig Leihen/ Sharing
RMC 2045	7,2 t	8 t	7,7 t	7,95 t	7,9 t

Fazit: Acht Tonnen sind im Alltag erreichbar

Der Blick in das Jahr 2045 lieferte uns folgendes Bild: Ein Pro-Kopf-Verbrauch von nur noch sechs bis acht Tonnen ist erreichbar, wenn nachhaltige Lebensstile, technische Innovationen und politische Rahmenseetzungen zusammenwirken. Entscheidend ist dabei: Weder das Projektteam noch die Teilnehmenden sind mit einem vorgegebenen „Tonnen-Ziel“ in den Prozess gegangen. Offen war vielmehr, wie Bürger:innen selbst ein gutes Leben im Jahr 2045 beschreiben: welche Bedürfnisse, Prioritäten und Annahmen sie setzen, welche Infrastrukturen sie als selbstverständlich voraussetzen und wo sie bereit wären, Routinen zu verändern.

Die im Bürger:innen-Prozess entwickelten Personas zeigen dabei nicht den einen Weg, sondern mehrere. Und die modellierten Personas verdeutlichen insbesondere im Kontrast zur Referenzperson, wie groß die Potenziale für Ressourcenschonung sind, selbst wenn sich nur einzelne Konsumfelder ändern. Sie zeigen, dass ambitionierte, aber realistisch umsetzbare Lebensstilveränderungen, etwa eine überwiegend

pflanzliche Ernährung, kompaktere Wohnflächen oder geteilte Mobilität, den Ressourcenverbrauch im Alltag deutlich senken können, ohne dass Lebensqualität verloren geht. Dass alle fünf Personas auf Basis dieser Bürger:innen-Annahmen in der Modellierung tatsächlich unter acht Tonnen Rohstoffkonsum pro Kopf und Jahr liegen, war ein Ergebnis, das in dieser Klarheit nicht vorausgesetzt werden konnte und im Projektverlauf positiv überraschte. Es zeigt: Wenn Menschen ihr „gutes Leben“ frei beschreiben dürfen und gleichzeitig die richtigen strukturellen Bedingungen mitgedacht werden, entstehen Lebensstile, die innerhalb planetarer Grenzen nicht nur möglich sind, sondern attraktiv wirken.

Bemerkenswert ist zudem, dass diese Ansätze bei Erhalt oder sogar Steigerung der Lebensqualität realisierbar erscheinen und bereits bei den Beteiligten auf breite Zustimmung treffen. Wie das folgende Kapitel zeigt, finden zentrale Elemente ressourcenleichter Lebensweisen auch in der Gesamtbevölkerung Zustimmung.



4. Akzeptanz gestalten

Unter welchen Bedingungen Menschen Veränderungen mittragen

Das vorangegangene Kapitel zeigt, dass ressourcenleichte Lebensstile innerhalb eines Rohstoffbudgets von 8 Tonnen pro Kopf und Jahr möglich sind. Diese Ergebnisse basieren auf einer bewusst zugespitzten Auswahl von rund 30 Teilnehmenden mit überwiegend hohen Einkommen. Offen bleibt jedoch, inwieweit die dort identifizierten Lebensstile und Veränderungspfade auch für die Gesamtbevölkerung tragfähig sind. Vor diesem Hintergrund untersucht dieses Kapitel auf Basis einer bundesweit repräsentativen Befragung, wie zentrale Bausteine ressourcenleichter Lebensweisen gesellschaftlich bewertet werden und welche Rolle systemische Rahmenbedingungen für Akzeptanz und Umsetzbarkeit spielen. Die Daten der Umfrage wurden von quantilope im Auftrag des WWF Deutschland erhoben. Im August 2025 wurden 1.001 Personen in Deutschland online befragt. Die Umfrage ist repräsentativ für die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren.

Ansatz der Befragung: Identischer Lebensstil, zwei Realitäten

Die Befragung arbeitet mit einem Kontrast. Zwei Szenarien beschreiben denselben ressourcenleichten Lebensstil, unterscheiden sich aber in den Rahmenbedingungen. Damit wird sichtbar, ob Zustimmung an den ressourcenleichten Praktiken selbst scheitert oder an den heutigen Bedingungen, die sie erschweren. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass nachhaltiges Verhalten nicht primär Ergebnis individueller Entscheidungen ist, sondern wesentlich durch gesellschaftliche, politische und ökonomische Rahmenbedingungen gesteuert wird. Empirische Studien zeigen, dass insbesondere Infra-

struktur, Preisgestaltung und Regulierung darüber entscheiden, ob nachhaltige Optionen im Alltag als praktikabel und attraktiv wahrgenommen werden [16], [17], [18]. Vor diesem Hintergrund zielt der Szenarienvergleich darauf ab, die Bedeutung systemischer Voraussetzungen für Akzeptanz sichtbar zu machen. Beide Szenarien basieren auf den durchschnittlichen Lebensstilmerkmalen der entwickelten Personas.

- **Wohnen:** 41 m² p. P., kein Haustier
- **Ernährung:** vegetarisch
- **Kleidung:** überwiegend secondhand
- **Geräte:** Nutzungsdauer über fünf Jahre
- **Mobilität:** Fahrrad, Carsharing, Bahn und Bus, kein eigener Pkw, keine innereuropäischen Flüge, maximal ein interkontinentaler Flug alle fünf Jahre
- **Arbeitszeit:** 30-Stunden-Woche

Szenario 1: Transformation

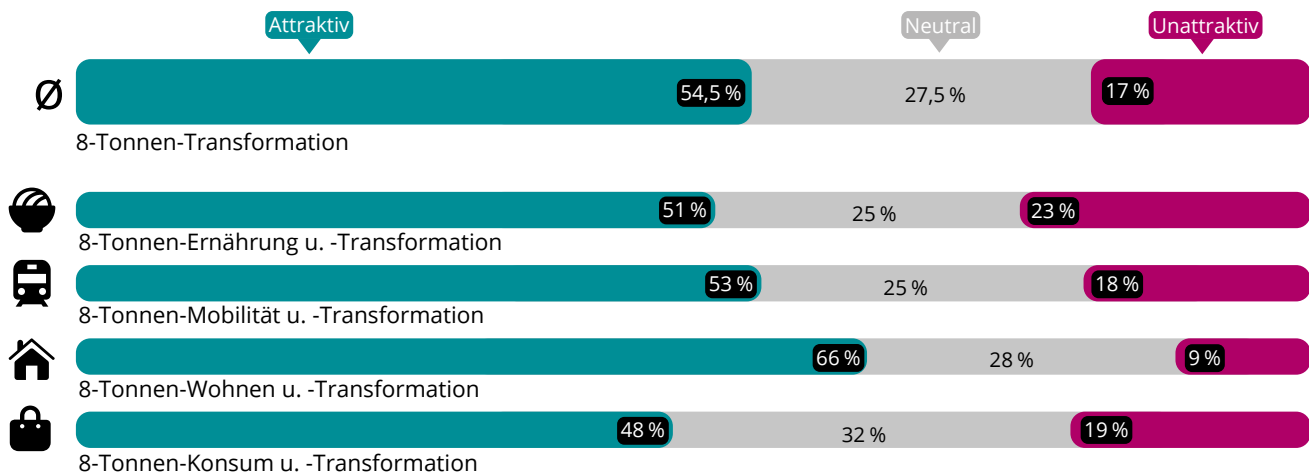
(mit unterstützenden Rahmenbedingungen)

Im ersten Szenario (gekennzeichnet als „8-Tonnen Transformation“) werden diese Lebensstilmerkmale durch unterstützende systemische Voraussetzungen ergänzt. Dazu zählen ausgebaute Infrastrukturen, preisliche Lenkungswirkungen, politische Maßnahmen sowie die im Bürgerforum formulierten Zukunftsvisionen. Konkret bedeutet dies:

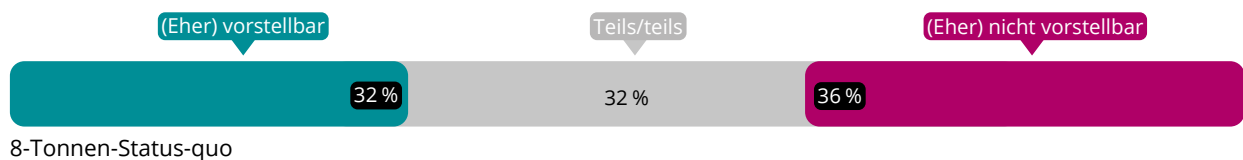
- **Ernährung:** überwiegend pflanzenbasierte Ernährung als gesellschaftlicher, politisch unterstützter Standard, getragen von lokalen Versorgungssystemen (z. B. solidarische Landwirtschaft, Mitgliederinitiativen) und einer guten Verfüg-

Abbildung 10. Anteil der Befragten, die einen ressourcenleichten Lebensstil im Status-quo-Szenario bzw. im unterstützenden Szenario attraktiv finden [n = 1.001]

Szenario 1: Transformation Wie attraktiv finden Sie dieses Zukunftsbild für ihr eigenes Leben?



Szenario 2: Status quo Könnten Sie sich vorstellen, in 20 Jahren so zu leben?



barkeit preisgünstiger pflanzlicher Angebote im Handel und in der Außer-Haus-Verpflegung

- **Wohnen:** energetische Gebäudesanierung als staatlich geförderte und etablierte Praxis. Energieeffiziente Gebäude ermöglichen hohen thermischen Komfort bei geringem Energieeinsatz. Dezentrale Energieerzeugung (z. B. PV-Balkonmodule) sowie Zugang zu privaten oder gemeinschaftlichen Grünflächen sind verbreitet.
- **Mobilität:** Alltagsmobilität überwiegend per Rad, Bus und Bahn, ergänzt durch flächendeckende On-Demand-Angebote (Carsharing, autonome Shuttles, Rufbusse) per App. Die Bahn ist Standard für mittel- und langfristige Reisestrecken, inklusive Nachtzug-Angeboten. Staatliche Anreize wie Klimaboni für flugarme Mobilität sowie verbesserte Bahnangebote (Komfort, Pünktlichkeit, digitale Services) flankieren das System.
- **Konsum:** Lokale Tausch-, Leih- und Sharing-Plattformen, eine etablierte Reparaturinfrastruktur (digitale Vermittlung, Ersatzteilzugang, Werkstätten) sowie langlebige, reparierbare Produkte als Marktstandard fördern eine Verschiebung hin zu zirkulärem Konsum.

Szenario 2: Status quo

Im zweiten Szenario („8-Tonnen-Status-quo“) bleiben die Lebensstilmerkmale identisch, jedoch fehlen unterstützende Rahmenbedingungen vollständig. Die Befragten bewerten den ressourcenleichten Lebensstil damit ausgehend vom heutigen Status quo, als individuelle Anpassungsleistung in einem Alltag, in dem ressourcenschonende Optionen noch nicht systematisch erleichtert werden.

Zentrales Ergebnis: Zustimmung ist konditional und politisch gestaltbar

Die Befragung zeigt: Ob ein ressourcenleichter Lebensstil als attraktiv und praktikierbar gilt, hängt weniger vom Lebensstil selbst ab als von den Rahmenbedingungen, unter denen er gelebt werden kann. Obwohl die zugrunde gelegten Lebensstilmerkmale (z. B. 41 Quadratmeter Wohnfläche p. P.) in beiden Szenarien identisch sind und unter dem Zielwert von acht Tonnen Rohstoffkonsum pro Kopf liegen, unterscheiden sich die Bewertungen deutlich. Die Zustimmungswerte liegen – je nach Szenario und Konsumfeld – zwischen 32 und 66 Prozent. Der Vergleich zwischen dem Status quo (32 Prozent

attraktiv) und den ermöglichenden Szenarien (Ø 55 Prozent attraktiv) zeigen: Die Unterschiede sind nicht auf individuelle Bereitschaften zurückzuführen. Vielmehr werden dieselben Handlungen und Lebensstilmerkmale deutlich positiver bewertet, wenn sie durch geeignete Infrastruktur, Anreize und politische Rahmenbedingungen erleichtert und gesellschaftlich normalisiert werden.

Im ermöglichenden Szenario erreichen ressourcenleichte Lebensweisen überwiegend mehrheitliche Zustimmung. Am höchsten liegt die Zustimmung im Wohnen (66 Prozent), gefolgt von Mobilität (53 Prozent), Ernährung (51 Prozent) und Konsum (48 Prozent). Das Muster ist konsistent: Je klarer die Rahmenbedingungen Komfort, Verfügbarkeit und Verlässlichkeit sichern, desto höher die Akzeptanz. Unterstützende Rahmenbedingungen übersetzen vorhandene Bereitschaft in gelebte Praxis. Die Differenz von 34 Prozentpunkten zwischen Status-quo-Szenario und dem ermöglichenden Szenario verweist damit nicht auf zu überzeugende Skeptiker:innen, sondern auf Menschen, die unter passenden Bedingungen bereits zustimmen.

Wo Barrieren und Motivation entstehen

Im Szenario 2 ohne unterstützende Rahmenbedingungen sinkt die Zustimmung deutlich. 13 Prozent

stimmen dem ressourcenleichten Lebensstil uneingeschränkt zu, weitere 19 Prozent nur unter Bedingungen (zusammen 32 Prozent). Gleichzeitig können sich 36 Prozent diesen Lebensstil nicht vorstellen, weitere 32 Prozent bleiben unentschieden. Um diese Hürden genauer zu fassen, wurde erfragt, welche Elemente des Lebensstils unter Status-quo-Bedingungen als besonders schwer vorstellbar gelten. Dabei zeigen sich die Hemmnisfaktoren: 55 Prozent empfinden den Verzicht auf ein eigenes Auto als schwer vorstellbar. 50 Prozent lehnen eine vegetarische Ernährung ohne unterstützende Rahmenbedingungen ab. Jeweils 35 Prozent bewerten den Verzicht auf Haustiere oder innereuropäische Flüge als schwierig, 30 Prozent eine reduzierte Wohnfläche. Diese Werte sind kein Ausdruck einer generellen Verweigerung, sondern verweisen auf strukturelle Defizite, wie Szenario 1 beweist. Ohne verlässliche Alternativen, bezahlbare Angebote und politische Flankierung werden dieselben Lebensstilmerkmale als individuelle Zumutung wahrgenommen.

Der Knackpunkt ist nicht Suffizienz, sondern der Modus ihrer Umsetzung

Dass Ambivalenz und Ablehnung vor allem ein Ergebnis fehlender Optionen sind, zeigt die isolierte Betrachtung einzelner Praktiken, also jenseits der

Abbildung 11. Vorstellbarkeit eines 8-Tonnen-Lebensstils im Status-Quo-Szenario nach Netto-Einkommen in Euro [n = 1.001]

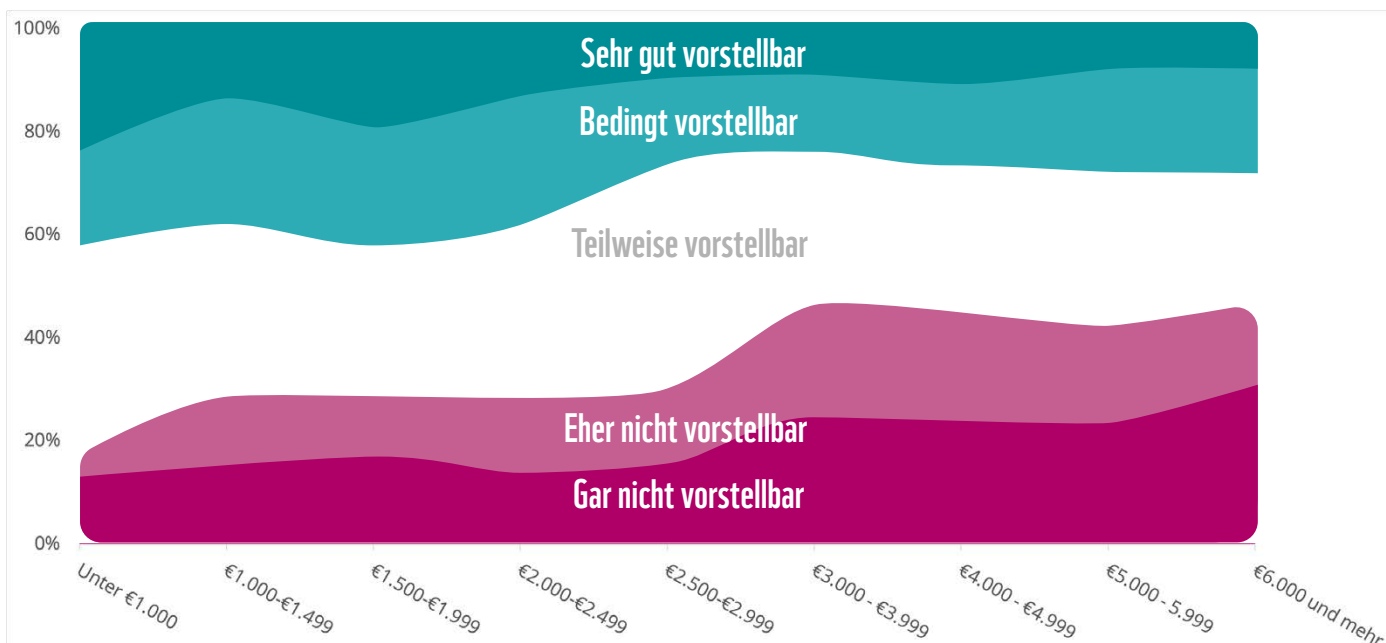
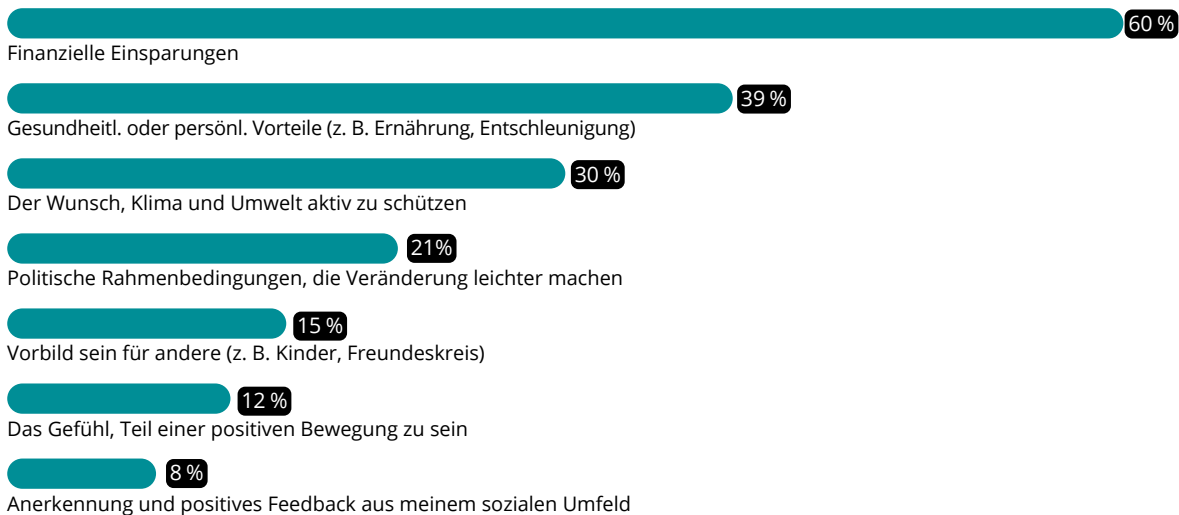


Abbildung 12. Motivierende Faktoren zur Pflege eines ressourcenschonenden Lebensstils.

Was würde Sie am meisten motivieren, Ihren Lebensstil ressourcenschonender zu gestalten?

[n = 1.001]



Szenarienlogik. Beim Fleischkonsum ergibt sich eine hohe Offenheit: 76 Prozent befürworten eine fleischreduzierte Ernährung. 49 Prozent konsumieren bereits heute weniger als 300 Gramm Fleisch pro Woche (GreenSupreme-Leitwert), weitere 27 Prozent können sich dies unter bestimmten Bedingungen (z. B. bei günstigeren Alternativen) vorstellen. Auch bei autofreier Mobilität ist das Potenzial hoch: 62 Prozent sind offen für ein Leben ohne eigenes Auto (14 Prozent besitzen bereits keines, 22 Prozent können sich Autofreiheit gut vorstellen, 26 Prozent unter bestimmten Bedingungen).

Damit wird der Knackpunkt sichtbar: Nicht die Bereitschaft zum „Weniger“ stellt sich als Barriere dar, sondern die Erwartung, dass ein ressourcenleichtes Leben unter den gegebenen Bedingungen funktioniert. Sobald die Politik die strukturellen Voraussetzungen und Anreize schafft, steigen die Zustimmungswerte für dieselben Praktiken in den ermöglichenden Szenarien deutlich an, etwa in den Bereichen kompakteres Wohnen, pflanzliche Ernährung oder autofreie Mobilität.

Gerechtigkeitsfrage: Akzeptanz steigt bei niedrigeren Einkommen

Relevant sind die Ergebnisse zudem in sozio-ökonomischer Hinsicht. Verbunden mit den Einkommensdaten zeigt sich, dass die Bereitschaft zu 8-Tonnen-Lebensstilen im Status-quo-Szenario mit sinkendem Einkommen zunimmt. Ein gut ermöglichter 8-Tonnen-Lebensstil kann die Lebensqualität von

Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen erhöhen, etwa durch geringere laufende Kosten, verlässliche Mobilitätsalternativen und besseren Wohn- und Versorgungskomfort. Ungleich höheren Reduktionsanstrengungen sehen sich Bevölkerungsteile mit hohem Einkommen gegenüber, deren Ressourcenverbrauch deutlich oberhalb ökologisch tragfähiger Pro-Kopf-Niveaus liegt. Eine 8-Tonnen-Strategie ist damit kein allgemeines Reduktionsprogramm, sondern eine Politik für Wohlstand innerhalb eines Korridors: nach unten abgesichert durch soziale Teilhabe, nach oben begrenzt durch ökologische Tragfähigkeit.

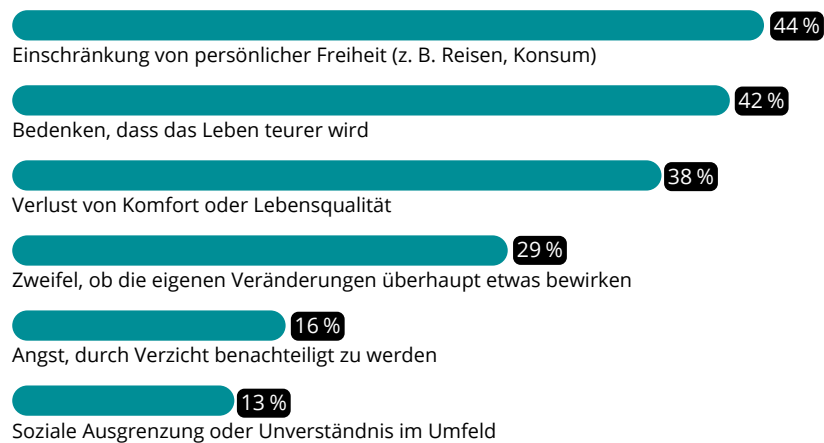
Warum der Status quo Zustimmung bremst: Barrieren, Sorgen, Motivlagen

Über die Konsumfelder hinweg benennen die Befragten drei zentrale Barrieren, die einer ressourcenleichten Lebensweise derzeit noch im Wege stehen.

- 1. Kostenwahrnehmung:** Ressourcenleichte Alternativen werden als zu teuer empfunden.
- 2. Alltagstauglichkeit:** Es fehlt an Einfachheit und praktikablen Routinen.
- 3. Kompetenz- und Zeitbarrieren:** Zeit, Wissen oder Fähigkeiten werden als zusätzliche Hürden genannt.

Zur Frage nach Ängsten und Sorgen gegenüber ressourcenleichten Lebensstilen: 44 Prozent verbinden ressourcenschonenderes Leben mit Freiheitsverlust,

Abbildung 13. Welche Sorgen oder Ängste verbinden Sie mit einem ressourcenschonenderen Lebensstil? [n = 1.001]



42 Prozent mit höheren Kosten, 38 Prozent mit Komforteinbußen. Damit wird verständlich, warum die Zustimmung im Szenario „Status quo“ so schnell kippt. Der Lebensstil wird nicht als Fortschritt erlebt, sondern als Belastung.

Zugleich zeigt die Befragung, wodurch Akzeptanz entsteht. Ressourcenschonende Entscheidungen werden vor allem dann attraktiv, wenn sie als konkreter Gewinn im Alltag erfahrbar sind. Am überzeugendsten wirken finanzielle Einsparungen (60 Prozent), gefolgt von gesundheitlichen und persönlichen Vorteilen wie bessere Ernährung oder Entschleunigung (39 Prozent). Klima- und Umweltschutz ist mit 30 Prozent ebenfalls relevant, steht aber hinter den direkt erlebbaren Co-Benefits zurück. Zudem wünschen sich 21 Prozent politische Rahmenbedingungen, die zu Veränderungen motivieren. Co-Benefits müssen also als Entlastung von Budget, Gesundheit und Alltag sichtbar und plausibel werden.

Politische Implikation: Acht Tonnen gehören auf die politische Agenda

Die zentrale Schlussfolgerung lautet: Eine 8-Tonnen-Politik scheitert nicht primär an mangelnder Bereitschaft, sondern an fehlender Ermöglichung. Transformation bedeutet in diesem Feld weniger Überzeugungsarbeit als Vorleistung: Erst investieren, dann verändert sich Verhalten und damit Akzeptanz.

Eine politische Rahmensetzung ist entscheidend dafür, ob ressourcenleichte Lebensweisen als

Einschränkung oder wünschenswerte Normalität wahrgenommen werden. Konkret heißt das:

- Infrastrukturen aus- und umbauen, sodass ressourcenleichte Optionen flächendeckend verfügbar, verlässlich und leistungsfähig werden (z. B. Ausbau von ÖPNV und Radnetzen, wohnortnahe Reparatur- und Wiederverwendungszentren, Sharing-Infrastrukturen, regionale Versorgungsstrukturen)
- Preisstrukturen und fiskalische Anreize neu ausrichten, sodass ressourcenintensive Optionen ihren realen gesellschaftlichen Kosten entsprechen und ressourcenleichte Alternativen erschwinglich werden (z. B. Abbau umweltschädlicher Subventionen, Absenkung von Steuern und Abgaben auf Reparatur, Secondhand und Sharing)
- Produkt- und Marktrahmen verbindlich auf Langlebigkeit und Zirkularität ausrichten, sodass nachhaltige Produkte selbstverständlich werden (z. B. Mindestanforderungen an Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Ersatzteilverfügbarkeit)
- Alltagstauglichkeit priorisieren: weniger Komplexität, mehr Zeit und Zugänglichkeit, weniger „Extra-Aufwand“

Unter solchen Bedingungen werden Mehrheiten aktivierbar. Damit wird Akzeptanz zur Gestaltungsaufgabe. Die Befragung zeigt damit nicht nur, wie ein 8-Tonnen-Lebensstil aussehen kann, sondern vor allem, unter welchen politischen und strukturellen Bedingungen er gesellschaftlich tragfähig wird.

Wer handeln muss

Müssen Verbraucher:innen ihr Verhalten ändern oder ist die Politik gefordert, die Rahmenbedingungen zu setzen? Die Umfragedaten zeigen: Die Bevölkerung sieht die Verantwortung breit verteilt. Individuen (23 Prozent), Unternehmen (21 Prozent), Politik (21 Prozent) und Großverbraucher:innen wie Superreiche (20 Prozent) werden nahezu gleich stark genannt. Niemand wird allein in die Pflicht genommen.

Diese Gleichverteilung widerspricht der häufig vorgebrachten These, Konsument:innen müssten sich „einfach anders entscheiden“. Die Menschen erkennen, dass individuelles Verhalten nur ein Teil der Lösung ist. Gleichzeitig räumen sie ein, dass sie selbst Verantwortung tragen – vorausgesetzt, dass auch andere Akteur:innen mitziehen. Daraus ergibt sich ein klarer Auftrag für kooperative Ansätze. Individuelles Handeln, wirtschaftliche Innovation und politische Leitplanken müssen zusammenwirken, große Verbraucher:innen eingeschlossen.

Die Rolle der Politik

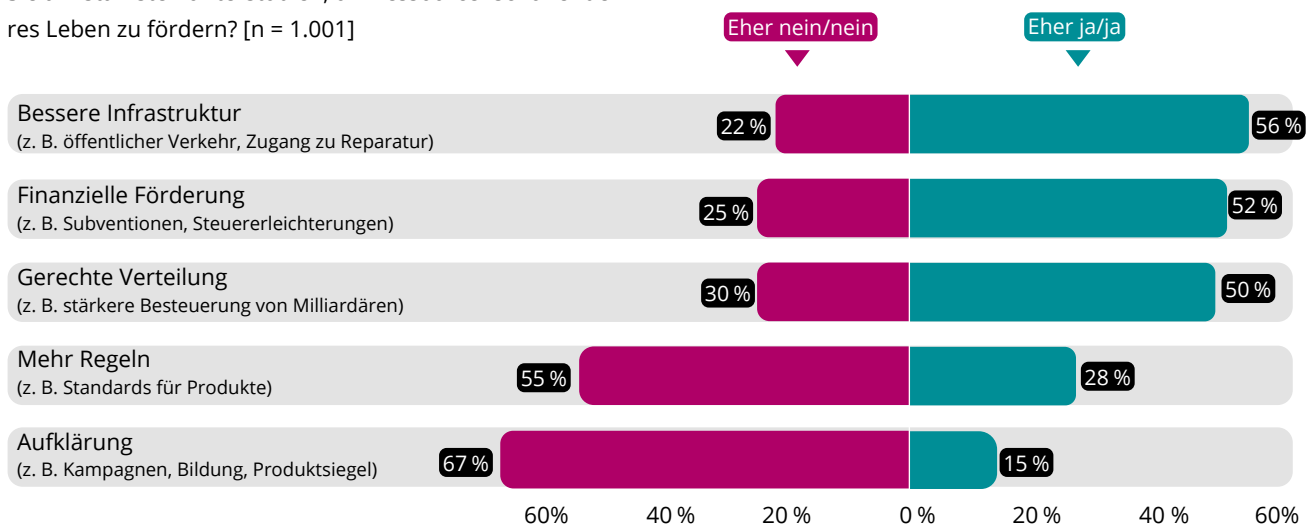
Die Daten zeigen eine tragfähige Basis auch für politisches Handeln. 58 Prozent bewerten gesetzliche Regelungen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs als wichtig (35 Prozent Eher wichtig, 23 Prozent sehr wichtig), nur 15 Prozent lehnen sie ab. Allerdings sind 27 Prozent unentschieden oder haben keine klare Meinung. Eine Gruppe, die sich mit verständli-

chen Nutzenargumenten und transparenter Kommunikation gewiss gewinnen lässt. Entscheidend ist jedoch das *Wie* politischer Steuerung. Besonders hohe Zustimmung erhalten investive und ermöglichende Ansätze wie der Ausbau von Infrastruktur (z. B. ÖPNV, Zugang zu Reparaturangeboten) sowie finanzielle Förderung durch Subventionen oder Steuererleichterungen. Ebenfalls mehrheitlich unterstützt wird eine stärkere Umverteilung, etwa durch höhere Besteuerung sehr hoher Vermögen. Deutlich skeptischer werden hingegen zusätzliche Regeln und Produktstandards bewertet. Am schlechtesten schneiden reine Informations- und Aufklärungskampagnen ab.

Fairness als Legitimationsgrundlage

Die im Projekt durchgeführten Modellierungen machen sichtbar, dass der Ressourcenverbrauch sozial ungleich verteilt ist. Haushalte mit hohem Einkommen verursachen im Durchschnitt deutlich höhere Ressourceninanspruchnahmen als Haushalte mit niedrigem Einkommen. Diese Schieflage ist für die Legitimation von Politik zentral. Denn sie wird in der Umfrage nicht nur als Umwelt-, sondern als Fairnessfrage verhandelt. Entsprechend wird Ressourcenschutz von vielen Befragten erwartet: dass stark ressourcenintensive Lebensstile stärker in die Verantwortung genommen und Haushalte mit geringeren Einkommen gezielt entlastet werden. 79 Prozent unterstützen höhere Steuern auf besonders ressourcenintensive Luxusgüter wie Privatjets und Yachten. 77 Prozent halten „Freikaufen“ von res-

Abbildung 14. Welche dieser politischen Ansätze würden Sie am stärksten unterstützen, um ressourcenschonendes Leben zu fördern? [n = 1.001]



sourcenintensivem Verhalten nach dem Prinzip „Wer mehr zahlt, darf mehr verbrauchen“ für ungerecht. Und 75 Prozent befürworten das Prinzip „wer viel verbraucht, zahlt mehr“. 60 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass Menschen mit hohem Einkommen stärker zum Ressourcenschutz beitragen sollten als Menschen mit geringem Einkommen. 51 Prozent unterstützen Werbebeschränkungen für ressourcenintensive Statussymbole wie SUV.

Diese Werte eröffnen Spielräume für progressive Instrumente, bei denen Haushalte mit geringerem Einkommen gezielt entlastet werden. Die Forschung stützt diesen Ansatz. Studien zeigen, dass die Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen stark von der wahrgenommenen Fairness abhängt. Nachhaltigkeitspolitik, die soziale Ungleichheit berücksichtigt, wird nicht nur als gerechter wahrgenommen, sondern ist auch wirksamer [19]. Die ausgeprägte Unterstützung für die stärkere Besteuerung von Luxuskonsum und Großverbraucher:innen widerlegt zudem die Befürchtung, ressourcenpolitische Maßnahmen würden pauschal als „Verzichtsdiktat“ abgelehnt. Im Gegenteil: Wenn Lasten fair verteilt und die größten Verbraucher:innen in die Pflicht genommen werden, findet politische Steuerung breite Zustimmung.

Abbildung 15. Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Politik gesetzliche Regelungen beschließt, um den Ressourcenverbrauch in Deutschland zu senken? [n = 1.001]

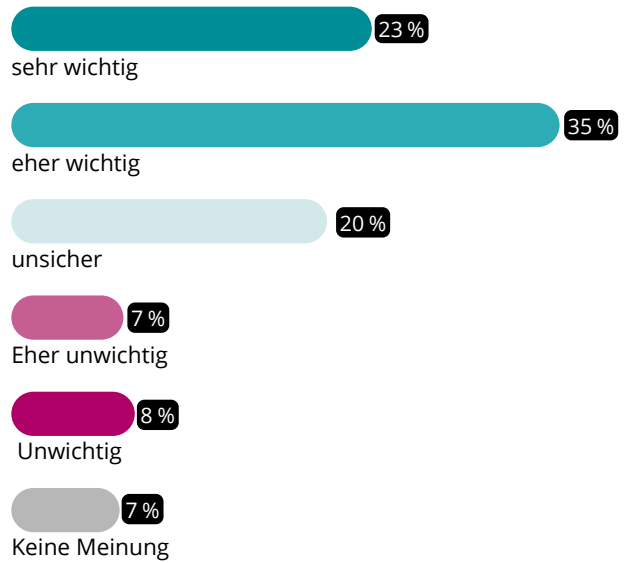
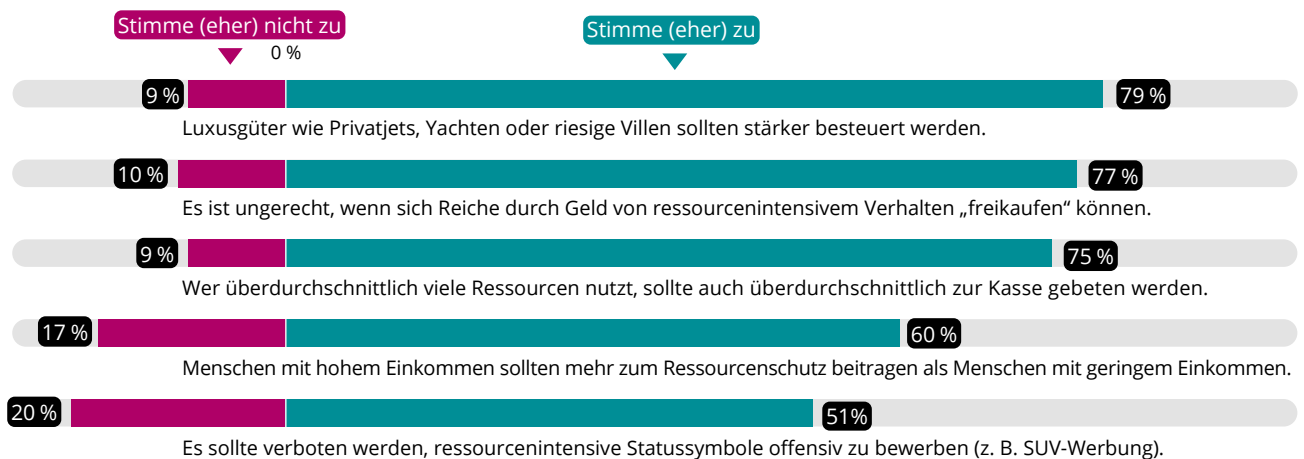


Abbildung 16. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? [n = 1.001]





5. Handlungsfelder im Alltag

Politikansätze für Ernährung, Wohnen, Mobilität, Konsum und Zeit

Dieses Kapitel übersetzt die Ergebnisse aus der repräsentativen Bevölkerungsumfrage (n = 1.001) und dem Beteiligungsprozess (n = 26) in Politikansätze. Im Fokus stehen fünf Handlungsfelder, die besonders stark von ermöglichenden Rahmenbedingungen abhängen: Ernährung, Wohnen und Haushalt, Mobilität, Konsum und Zeit. Der Befund ist übergreifend: Viele Menschen sind grundsätz-

lich offen für ressourcenleichtere Praktiken, sofern Preis, Verfügbarkeit, Qualität und Alltagstauglichkeit stimmen. Politische Instrumente sollten vorrangig auf Ermöglichung zielen und – wo sinnvoll – durch verbindliche Angebots-, Voreinstellungs- und Mindeststandards zur Setzung eines neuen „Normals“ (z. B. pflanzenbasierte Standardoptionen in Kantinen) sowie durch finanzielle Lenkung ergänzt werden.

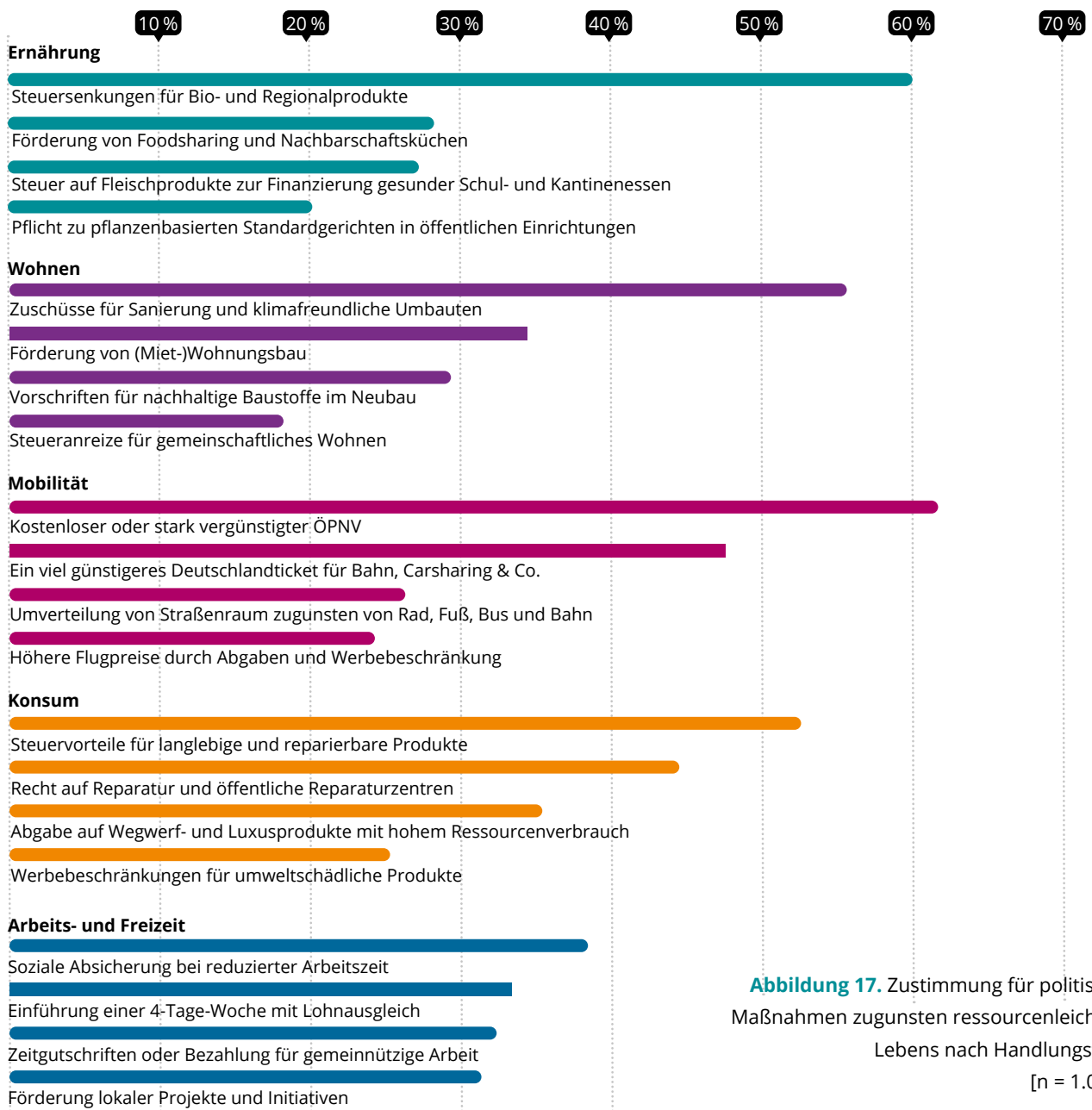


Abbildung 17. Zustimmung für politische Maßnahmen zugunsten ressourcenleichten Lebens nach Handlungsfeld
[n = 1.001]

Abbildung 20. Essen von unter 300 g Fleisch pro Woche vorstellbar? Könnten Sie sich vorstellen, künftig im Schnitt unter 300 g Fleisch pro Woche zu essen? (Das entspricht z. B. Zwei kleinen Portionen pro Woche) [n = 1.001]

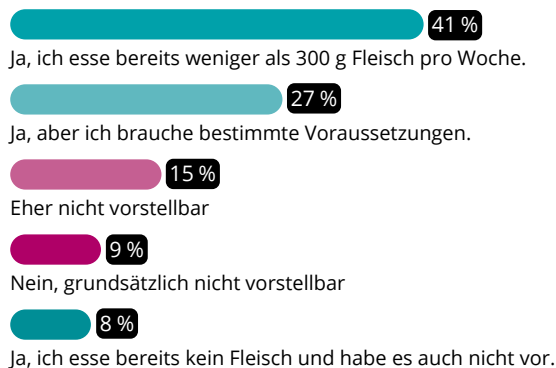


Abbildung 19. Politische Maßnahmen für ressourcenschonende Ernährung. Welche politischen Maßnahmen wünschen Sie sich, damit Ernährung ressourcenschonender gestaltet wird? [n = 1.001]

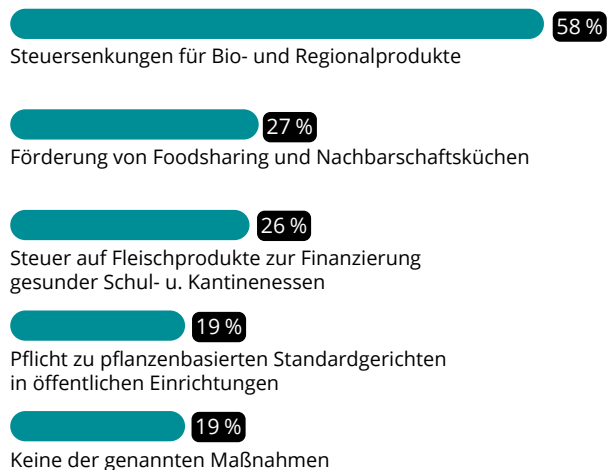
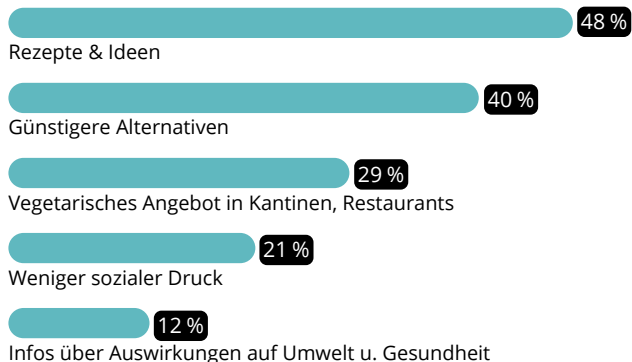


Abbildung 18. Was bräuchten Sie, um unter 300 g Fleisch pro Woche zu bleiben? [n = 272]



Ernährung

Die Umfrage zeigt das Potenzial für eine fleischärmere, pflanzenbetonte Ernährung. Bereits heute konsumieren 41 Prozent weniger als 300 Gramm Fleisch pro Woche, weitere acht Prozent essen gar kein Fleisch. Zugleich gibt es eine große Gruppe, die Reduktion nicht grundsätzlich ablehnt, dafür aber verlässliche Rahmenbedingungen braucht. 27 Prozent wären bereit, unter 300 Gramm zu gehen, wenn die Bedingungen stimmen. 24 Prozent bleiben skeptisch (15 Prozent „eher nicht“, neun Prozent „grundsätzlich nicht“). Bei den Skeptischen (n = 239) liegt die als „wichtig“ erachtete Fleischmenge meist deutlich über 300 Gramm (häufigster Bereich: 500 bis 700 Gramm pro Woche).

Dies zeigt, dass politischer Handlungsbedarf weniger gegenüber den bereits Überzeugten als gegenüber der „beweglichen Mitte“ besteht. Sie ist groß genug, um Ernährungsmuster in der Breite zu verschieben, reagiert aber sensibel auf Geschmack, Angebot und Preis. Unter denjenigen, die grundsätzlich bereit sind (n = 272), aber Voraussetzungen nennen, wünschen sich 48 Prozent vor allem alltagsnahe Rezepte und Ideen für leckere fleischarme Gerichte. 40 Prozent nennen günstigere Preise für pflanzliche Alternativen, 29 Prozent ein größeres vegetarisches Angebot in Kantinen, Restaurants und Läden. Auch bei den bereits fleischreduziert Essenden (n = 406) bleiben Kulinarik und Verfügbarkeit zentrale Stimuli. 39 Prozent nennen leckere und sättigende Alternativen als Motivation, 26 Prozent ein größeres vegetarisches Angebot, 25 Prozent belastbare Nachweise zur Umwelt- und Gesundheitswirkung.

Ablehnung speist sich weniger aus einer prinzipiellen Blockadehaltung als aus Wahrnehmungen, Routinen und vermeintlicher Gesundheitslogik. Bei den offen Skeptischen (<300 Gramm Fleisch pro Woche „eher nicht“ vorstellbar; n = 150) dominieren zwei Barrieren: der Geschmack pflanzlicher Alternativen (59 Prozent) sowie Gesundheitsüberzeugungen („Fleisch gehört zu gesunder Ernährung“, 58 Prozent). Erst nachgeordnet folgen soziale Gewohnheiten (27 Prozent) und Preis (24 Prozent).

In der Umfrage zeigt sich Zustimmung zu Instrumenten, die eine fleischarme Ernährung steuerlich und finanziell begünstigen. Der Beteiligungsprozess bestätigt diese Richtung und ergänzt Vorschläge: Senkung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer für

pflanzliche Grundnahrungsmittel, Tierwohlabgaben sowie vegetarisch oder vegan als Standard in Kantinen und Schulen bei höheren Bio- und Regionalquoten. Hinzu kommen der Ausbau wohnortnaher Mehrweg- und Unverpackt-Angebote, digitale Informationsplattformen, Werbebeschränkungen für ungesunde Produkte sowie eine CO₂-Kennzeichnung bei Importen.

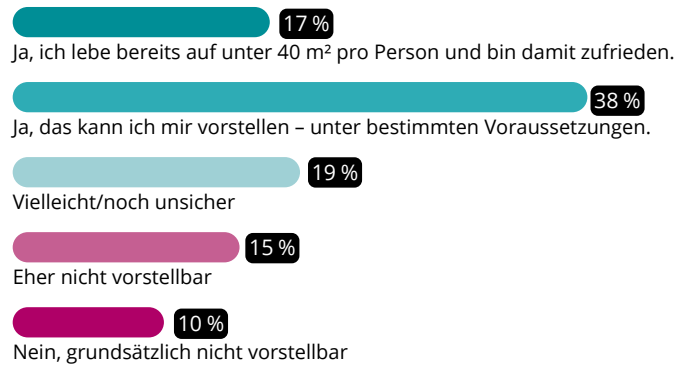
Ein Enablement-first-Ansatz – bei dem zunächst infrastrukturelle, preisliche und soziale Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass nachhaltige Optionen alltagstauglich und attraktiv werden – erzielt die größte Wirkung. Attraktive, sättigende pflanzliche Optionen, hohe Alltagsverfügbarkeit und faire Preise senken Wechselkosten und normalisieren neue Standards. Regulierung gewinnt Legitimität, sobald der Nutzen evident wird (z. B. zweckgebundene Abgaben für Gemeinschaftsverpflegung im Sinne von Planetary Health, verbindliche Beschaffungsstandards).

Die Umsetzungsprioritäten für Ernährung

1. fiskalische Neuausrichtung (True Cost Accounting: Subventionsabbau für Tierprodukte, steuerliche Entlastung für pflanzlich/ökologisch/regional)
2. Transformation der Gemeinschaftsverpflegung (pflanzenbetont als Standard, Bio-/Regionalquoten ≥ 50 %)
3. Kompetenzen für pflanzenbasierte Ernährung stärken (evidenzbasierte Kochbildung, niedrigschwellige Rezepte und Zubereitungstipps)
4. Aufklärung über Gesundheits- und Umweltwirkungen gegen persistente Geschmacks- und Proteinmythen
5. Lebensmittelinfrastruktur in unterversorgten Regionen ausbauen (Marktzugang für frische, pflanzliche Produkte; Logistik und Distribution)

Diese Kombination adressiert gezielt die „bewegliche Mitte“ (27 % der Bevölkerung) und stabilisiert Flexitarier:innen durch strukturelle Unterstützung statt moralischer Appelle.

Abbildung 21. Leben auf unter 40 m²? Könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, in Zukunft mit weniger als 40 m² Wohnfläche pro Person zu leben? [n = 1.001]

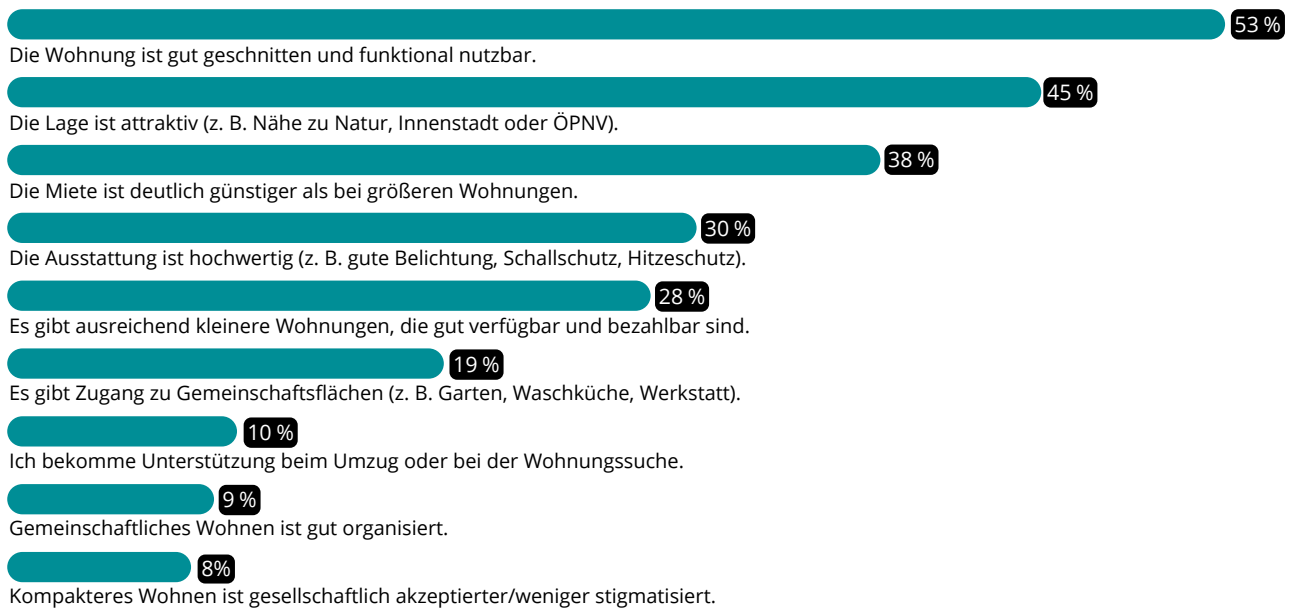


Wohnen und Haushalt

Beim Wohnen zeigt sich ein hohes Transformationspotenzial, das jedoch stark an Wohnqualität und Kosten gekoppelt ist. In der Umfrage leben bereits 17 Prozent zufrieden mit weniger als 40 Quadratmetern Wohnfläche pro Person. Weitere 38 Prozent können sich eine Wohnfläche unter 40 Quadratmetern pro Person grundsätzlich vorstellen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Auch im Beteiligungsprozess signalisiert eine Mehrheit (54 Prozent) Bereitschaft, künftig mit weniger bzw. deutlich weniger Wohnfläche auszukommen; zugleich leben von ihnen bereits heute 73 Prozent auf unter 40 Quadratmetern pro Person. Bei den Skeptischen (n = 252) in der Umfrage liegt die als „wichtig“ erachtete Wohnfläche überwiegend bei 50 bis 100 Quadratmetern pro Person.

Flächenreduktion ist also nicht per se unattraktiv, wird aber an Bedingungen geknüpft. Unter denjenigen, die unter Voraussetzungen offen für <40 Quadratmeter Wohnfläche pro Person sind, nennen 53 Prozent gut geschnittene und funktionale Wohnungen als entscheidend. 45 Prozent betonen eine attraktive Lage (ÖPNV-Anbindung, Natur- oder Innenstadt Nähe), 38 Prozent einen spürbaren Mietvorteil. Weitere zentrale Kriterien sind eine hochwertige Ausstattung (30 Prozent) sowie die tatsächliche Verfügbarkeit bezahlbarer kleiner Wohnungen (28 Prozent). Der Beteiligungsprozess ergänzt entscheidende Details, die oft unterschätzt werden: Stauraum, Rückzugsmöglichkeiten sowie gut organisierte geteilte Infrastruktur (Werkstätten, Gemeinschaftsräume). Diese Faktoren machen kompakte Wohnformen praxistauglich.

Abbildung 22. Bedingungen für Leben auf weniger Wohnfläche. Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich vorstellen, mit weniger Wohnfläche gut und zufrieden zu leben? [n = 382]



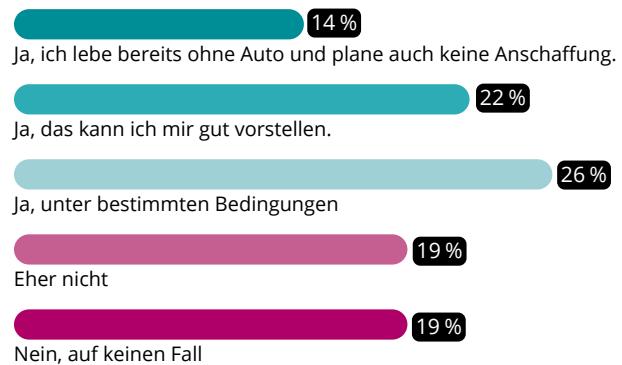
Unter Personen, die bereits heute mit weniger als 40 Quadratmetern Wohnfläche pro Kopf leben, ist das wichtigste Motiv ein ökonomisches: 45 Prozent nennen geringere Wohnkosten bzw. dass eine größere Wohnung nicht leistbar ist. Danach folgen vor allem pragmatische Gründe wie eine Übereinstimmung mit den eigenen Bedürfnissen, Lage-Präferenz sowie weniger Aufwand im Alltag (z. B. Putzen, Instandhaltung).

Die Ergebnisse zeigen, dass das Leben mit weniger als 40 Quadratmetern Wohnfläche pro Person weniger an Ablehnung als an konkreten strukturellen und alltagspraktischen Hürden scheitert. Besonders stark wirken bestehende Bindungen. Für fast die Hälfte der Befragten ist Wohneigentum (47 Prozent) ein zentrales Hindernis, da Verkleinerung hier nicht nur mit Verkauf, Umbau oder rechtlichen Fragen, sondern oft auch mit einer starken emotionalen Bindung an das eigene Zuhause verbunden ist. Sorgen um Stauraum (44 %) und eingeschränkte Privatsphäre (42 Prozent) deuten darauf hin, dass kleinere Wohnflächen häufig nicht als funktional gleichwertig wahrgenommen werden. Auffällig ist, dass 26 Prozent keine finanzielle Entlastung erwarten – plausibel, da ein Umzug oft den Verlust eines günstigen Altvertrags und den Einstieg in einen teuren Wohnungsmarkt bedeutet. Fehlende passende Angebote (15 Prozent) verstärken diesen Effekt.

Der Beteiligungsprozess macht zusätzlich Hürden sichtbar: Erstens fehlen ausreichende Finanzierung, gezielte Förderung und unabhängige Beratung für energetische Sanierung, Photovoltaik, Begrünung und Umbauten. In Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) scheitern PV- und Effizienzprojekte zudem häufig an rechtlichen und organisatorischen Hürden. Zweitens bremsen Regeln und Verfahren: Stellplatzverordnungen behindern die Teilung großer Einfamilienhäuser in kleinere Einheiten, Bebauungspläne schließen Tiny- und Modulhäuser aus, Notarkosten und hoher Verfahrensaufwand verteuern Teilungen; Denkmalschutzaufgaben und WEG-Vorgaben erschweren gemeinschaftliche Investitionen in erneuerbare Energien. Drittens bleibt der Wohnungsmarkt angespannt: Hohe Mieten und das Risiko, sich bei Verkleinerung oder Umzug zu verschlechtern, verhindern bedarfsgerechte Wohnanpassungen. Leerstände existieren, doch ihre Umnutzung ist komplex und bislang wenig attraktiv.

Nicht fehlender Wille, sondern institutionelle Barrieren, Marktversagen und mangelnde finanzielle Anreize blockieren kompakte Wohnformen. Diese Präferenz zeigt sich in der Bewertung des 8-Tonnen-Wohnszenarios. Das Zukunftsszenario mit 40 Quadratmetern pro Person, energetisch saniertem Gebäude, Balkon-PV und Grünflächenzugang be-

Abbildung 23. Könnten Sie sich vorstellen, in Zukunft kein eigenes Auto mehr zu besitzen und stattdessen andere Mobilitätsformen zu nutzen (z. B. ÖPNV, Fahrrad, Carsharing, E-Roller)? [n = 1.001]



werten 66 Prozent als attraktiv (34 Prozent sehr, 32 Prozent eher); nur neun Prozent lehnen es ab. Unter geeigneten Rahmenbedingungen ist bedarfsgerechte, kompakte Wohnfläche für zwei Drittel der Bevölkerung attraktiv.

Welche Hebel gibt es für die Umsetzung? 55 Prozent wünschen Zuschüsse für energetische Sanierung und klimafreundliche Umbauten; 33 Prozent Förderung von (Miet-)Wohnungstausch; 27 Prozent befürworten verbindliche Standards für nachhaltige Baustoffe; 19 Prozent Steueranreize für gemeinschaftliches Wohnen. Zusätzlich werden im Beteiligungsformat genannt: Renovierungsprämien, zinsgünstige Kredite mit Beratungsangeboten für Umbau, vereinfachte Bauvorschriften (insbesondere Stellplatzpflicht, Wohnungsteilungen) sowie Instrumente zur Vermeidung von Leerstand und Aktivierung von Tauschpotenzialen.

Die zentrale Botschaft lautet: „Kleiner“ wird dann akzeptiert, wenn es besser und günstiger ist. Funktionale Grundrisse, Stauraum, Privatsphäre, gute Lage und Preisvorteile sind entscheidend. Daraus folgt eine politische Priorisierung. Nötig sind Markt- und Regelreformen, die kompakte Wohnungen real verfügbar und attraktiv machen.

Die Umsetzungsprioritäten für Wohnen und Haushalt

1. Sanierung und Umbau fördern (Zuschüsse, Kredite, Beratung)
2. Wohnungstausch systematisch ermöglichen inkl. Bestandsmietenpfad [19]
3. bezahlbare, gut geschnittene Kleinwohnungen verfügbar machen
4. kommunale Regelwerke anpassen (Stellplätze/ Bebauung/WEG)
5. gemeinschaftliche Infrastruktur und Wohnprojekte als Qualitätsfaktor ausbauen

Damit entsteht ein großes Potenzial zur Flächenreduktion ohne Wohlstandsverlust, vorausgesetzt, dass die Rahmenbedingungen zielgerichtet auf Alltagstauglichkeit und Fairness ausgerichtet werden.

Abbildung 24. Änderungen für mehr Nutzung von ÖPNV

Was müsste sich ändern, damit Sie häufiger auf den ÖPNV (z. B. Bahn, Bus) oder geteilte Mobilitätsangebote (z. B. Car-sharing) zurückgreifen würden? [n = 379]

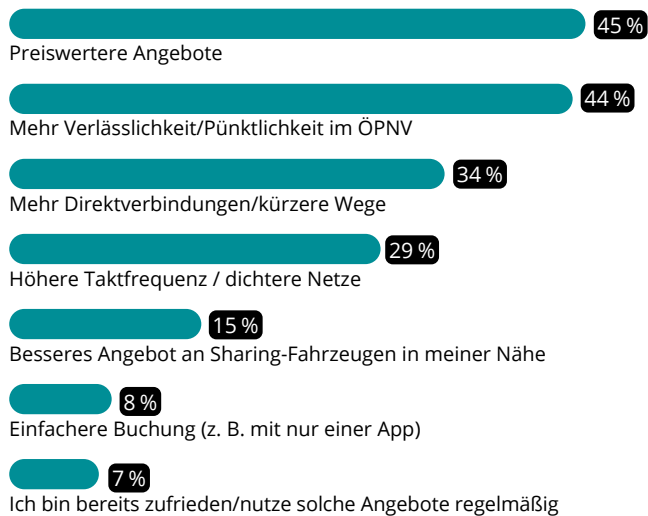
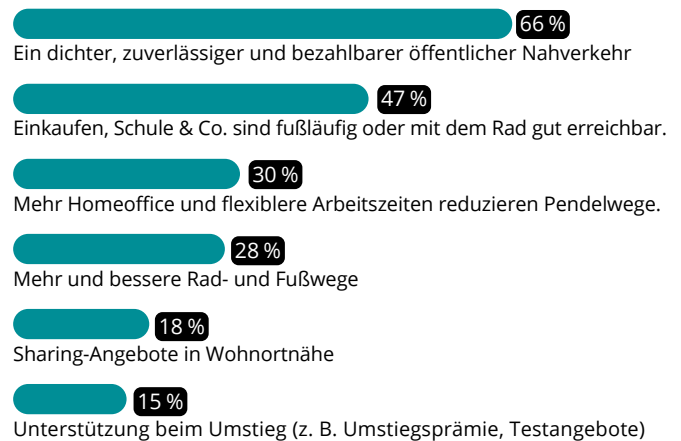


Abbildung 25. Bedingungen für Leben ohne Auto

Was müsste gegeben sein, damit Sie auf ein eigenes Auto verzichten würden? [n = 258]



Mobilität

Laut Umfrage können sich insgesamt 62 Prozent der Bevölkerung vorstellen, künftig ohne eigenes Auto auszukommen oder leben bereits autofrei. Davon halten 22 Prozent einen Autoverzicht für gut vorstellbar, 26 Prozent unter bestimmten Bedingungen und 14 Prozent leben bereits ohne eigenes Auto. Demgegenüber lehnen 38 Prozent einen Autoverzicht eher oder klar ab. Dieses Bild deckt sich mit den Ergebnissen aus der Beteiligung: Rund 70 Prozent sind bereits multimodal unterwegs, und knapp die Hälfte würde das Auto deutlich seltener nutzen oder ganz darauf verzichten, sofern attraktive Alternativen bestehen.

Welche Bedingungen ermöglichen autofreie Mobilität? Aus Sicht derjenigen, die sich ein Leben ohne eigenes Auto unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen können (n = 258), steht ein dichter, zuverlässiger und bezahlbarer ÖPNV an erster Stelle (66 Prozent). Es folgen kurze Wege im Alltag (47 Prozent), mehr Homeoffice und zeitliche Flexibilität (30 Prozent) sowie eine bessere Infrastruktur für den Rad- und Fußverkehr (28 Prozent). Für Skeptische (n = 188) wären vor allem günstigere ÖPNV-Preise (45 Prozent), höhere Pünktlichkeit/Verlässlichkeit (44 Prozent), mehr Direktverbindungen (34 Prozent) und dichtere Takte/Netze (29 Prozent) des ÖPNVs ausschlaggebend. Der Beteiligungsprozess ergänzt alltagsnahe Punkte wie sichere Bahnhöfe am Abend,

durchgängige beleuchtete Radachsen, bessere Radmitnahme/Abstellanlagen sowie „letzte Meile“-Lösungen (Rufbus, On-Demand-Verkehre, Shared Taxis) und multimodale Knoten.

Beim Flugverhalten ergibt sich folgendes Bild: Obwohl 54 Prozent im letzten Jahr privat gar nicht geflogen sind und Flugreisen insgesamt auf eine Minderheit (31 Prozent ein- bis zweimal, zehn Prozent drei- bis viermal, sechs Prozent fünf oder mehr Flüge) konzentriert bleiben, hängt ein weiterer Rückgang innereuropäischer Flüge vor allem von verbesserten Alternativen ab. Unter welchen Bedingungen Menschen verzichten würden, ist eindeutig: günstigere Zugreisen (30 Prozent), mehr direkte Bahnverbindungen (28 Prozent), kürzere Reisezeiten (25 Prozent) und mehr Komfort (21 Prozent) adressieren zentrale Nachteile der Bahn gegenüber dem Flugzeug. Nahe Reiseziele (18 Prozent) und mehr Zeit für Urlaub oder Arbeitszeitreduktion (elf Prozent) unterstreichen, dass Reiseentscheidungen stark von Alltag und Zeitbudgets geprägt sind. Klimamotive (zehn Prozent) spielen eine untergeordnete Rolle, da der individuelle Verzicht oft als wenig wirksam wahrgenommen wird. Im Beteiligungsprozess gaben über 80 Prozent an, im letzten Jahr gar nicht geflogen zu sein. Interkontinentale Flüge waren selten und meist familiär begründet.

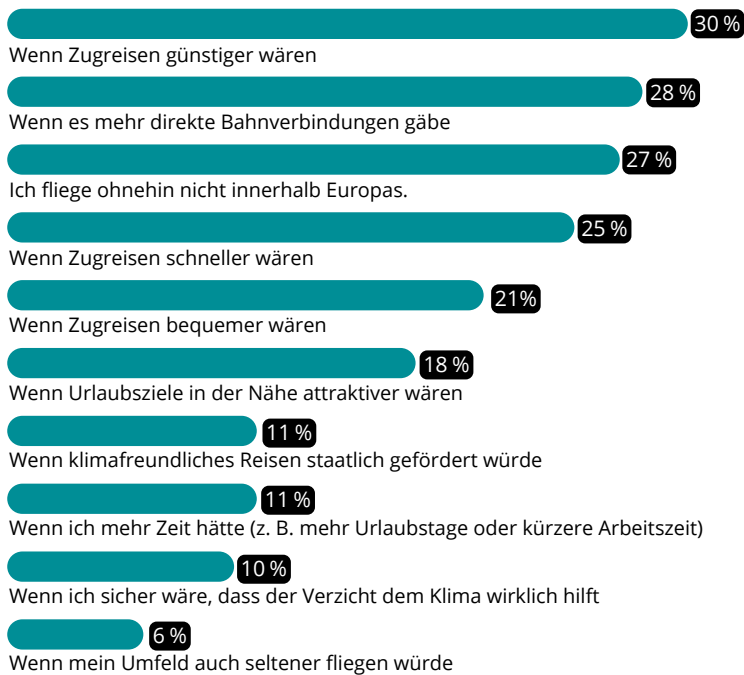


Abbildung 26. Bedingungen für Verzicht auf Flugreisen innerhalb Europas Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich in Zukunft vorstellen, auf touristische Flugreisen innerhalb Europas zu verzichten?
[n = 1.001]

Politisch finden insbesondere entlastende Preisinstrumente Zustimmung. 61 Prozent wünschen kostenlosen bzw. stark vergünstigten ÖPNV; 45 Prozent ein deutlich günstigeres Deutschlandticket (inkl. Bahn/Carsharing). Struktur- und Lenkungsmaßnahmen erhalten ebenfalls Zuspruch, aber geringer: 23 Prozent befürworten Umverteilung von Straßenraum, 21 Prozent höhere Flugpreise (Abgaben/Werberegulation). Elf Prozent lehnen alle Maßnahmen ab. Die Beteiligungsgruppe nennt zusätzlich Reformbedarf bei Dienstwagenprivileg, Pendlerpauschale und Parkraummanagement sowie den Wunsch, ÖPNV stärker als modern und komfortabel zu kommunizieren.

Kernaussage: Die Bereitschaft zum Umstieg ist breit vorhanden, aber klar „bedingt“. Wirksam ist ein konsistentes Maßnahmenbündel aus Angebotsqualität, fairen Preisen und alltagstauglichen Alternativen, ergänzt durch strukturelle Hebel zur Reduktion von Verkehrsaufkommen.

Die Umsetzungsprioritäten für Mobilität

1. Infrastruktur und Angebot ausbauen

ÖPNV-Netze verdichten und Strecken ausbauen (Takte, Direktverbindungen), sichere und durchgängige Radinfrastruktur schaffen, Carsharing und Ridepooling in die Fläche bringen sowie On-Demand-Verkehre, „Letzte-Meile“-Lösungen und leistungsfähige multimodale Knoten etablieren.

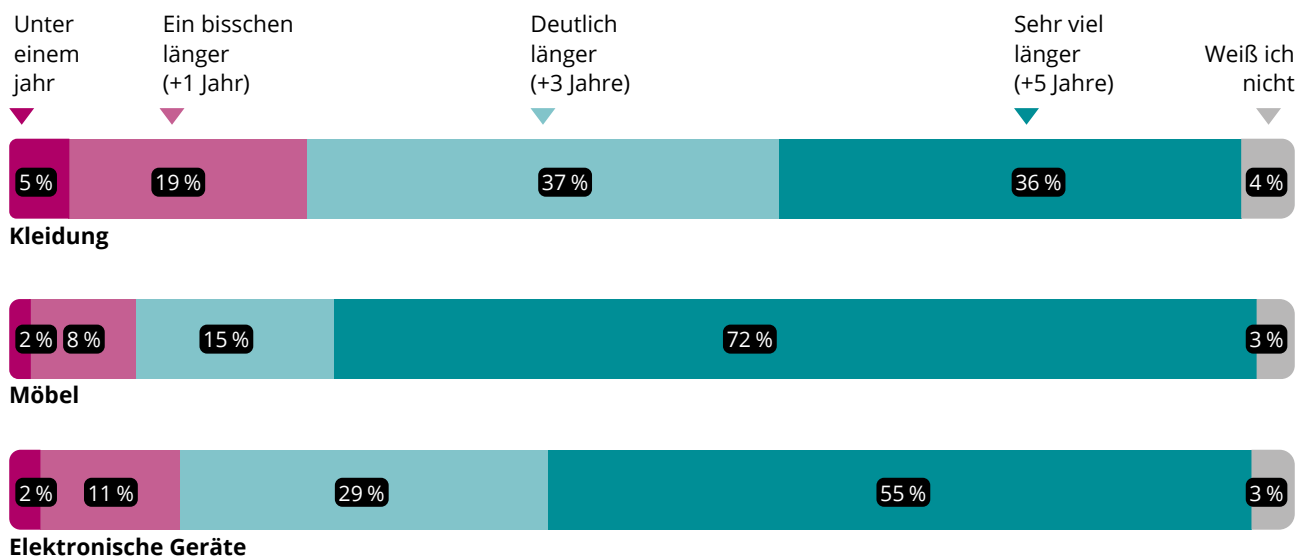
2. Preise und Anreize neu ausrichten

Bezahlbaren ÖPNV sichern, Deutschlandticket ausweiten und vereinfachen, zugleich ressourcenintensive Subventionen (z. B. Dienstwagenprivileg, Pendlerpauschale, günstiges Parken) abbauen.

3. Aufkommen reduzieren

Kurze Wege fördern, Homeoffice und Arbeitszeitflexibilität stärken, um Verkehrsbedarf strukturell zu senken

Abbildung 27. Verlängerte Nutzung von Dingen in der Zukunft Könnten Sie sich vorstellen, bestimmte Dinge in Zukunft deutlich länger zu nutzen als bisher? Bitte geben Sie an, wie lange Sie sich die Nutzung folgender Dinge vorstellen können. [n = 1.001]



Konsum

87 Prozent der Befragten würden Möbel mindestens drei bis fünf Jahre länger nutzen, bei 84 Prozent gilt dies für Elektronik, bei 73 Prozent für Kleidung. Gleichzeitig bewerten 48 Prozent ein städtisches Tausch- oder Leihzenario als attraktiv, weitere 32 Prozent neutral. Nur eine Minderheit lehnt solche Ansätze grundsätzlich ab. Damit ist die gesellschaftliche Akzeptanz für längere Nutzung und Wiederverwendung hoch.

Die Teilnehmenden aus dem Beteiligungsprozess äußern nahezu durchgängig den Wunsch, Produkte „so lange wie möglich“ zu nutzen, insbesondere bei Elektronik, verbunden mit klaren Erwartungen an Reparierbarkeit und längere Software-Updates. Auch der Kauf gebrauchter Möbel und Haushaltsgegenstände findet hohe Zustimmung. Die Motivation ist weniger ideologisch als pragmatisch: Kosten sparen, Qualität erhalten, Ressourcen schonen.

Unter welchen Bedingungen wird eine deutlich längere Nutzung möglich? Für 67 Prozent ist entscheidend, dass Produkte langlebiger, reparierbarer und mit Ersatzteilen verfügbar sind. 62 Prozent nennen einfachere, günstigere und besser zugängliche Reparaturen als zentrale Voraussetzung. Knapp die Hälfte (49 Prozent) wünscht sich, Qualität und Haltbarkeit beim Kauf klarer erkennen zu können. Deutlich nachrangig ist hingegen der soziale

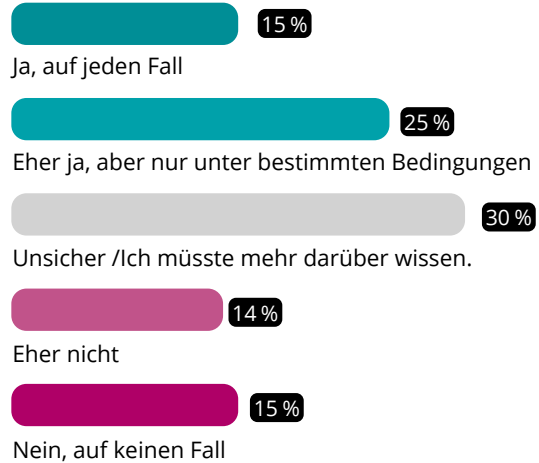
Faktor: Nur 14 Prozent geben an, dass geringerer gesellschaftlicher Druck, ständig Neues zu besitzen, ausschlaggebend wäre.

Die zentralen Barrieren liegen im Marktgefüge. Werbung, Trends und niedrige Preise begünstigen den Neukauf, während reparierbare oder gebrauchte Alternativen oft teurer, schwer auffindbar oder aufwendig sind. Fehlende politische Leitplanken verstärken dies. Es mangelt an verbindlichen Anforderungen für Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Ersatzteilverfügbarkeit. In der Umfrage befürworten daher 52 Prozent steuerliche Vorteile für langlebige und reparierbare Produkte, 43 Prozent ein Recht auf Reparatur und öffentliche Reparaturzentren. Restriktivere Instrumente finden ebenfalls Rückhalt, wenn auch geringer (33 Prozent Abgaben auf Wegwerf- oder Luxusprodukte, 22 Prozent Werbebeschränkungen); nur elf Prozent lehnen Maßnahmen insgesamt ab. Ergänzend verweisen die Teilnehmenden auf infrastrukturelle Defizite bei Reparatur, Leihe und Sharing sowie auf soziale Normen, in denen „neu“ weiterhin als Status gilt.

Abbildung 29. Was müsste sich ändern, damit Sie Dinge in Zukunft deutlich länger nutzen?
[n = 1.001]



Abbildung 28. Wären Sie grundsätzlich bereit, Ihre Arbeitszeiten zu reduzieren, auch wenn das Einkommen geringer wäre? [n = 1.001]



Die Umsetzungsprioritäten für Konsum

- 1. Politische Leitplanken für Kreislaufwirtschaft stärken:** verbindliche Anforderungen an Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Ersatzteile; Recht auf Reparatur; Gewährleistungs- und Garantiepfade, die Reparaturen fördern; klare Ziele für Wiederverwendung. Fast Fashion durch höhere Produktionsstandards und faire Mindestpreise begrenzen.
- 2. Ökonomische Anreize neu ausrichten:** Reparaturen steuerlich begünstigen, Second-hand- und Verleihmodelle fördern, öffentliche Beschaffung als Vorbild nutzen (gebrauchte/ refurbished Güter, Leasing und Sharing von Geräten).
- 3. Infrastruktur gezielt ausbauen:** lokale Repair-Hubs, mobile Reparaturangebote, verlässliche Leihsysteme mit Qualitätsstandards sowie sichtbare Plattformen für Tausch, Leihe und Secondhand mit einfacher Bedienung.
- 4. Transparenz und Kommunikation stärken:** klare Produktinformationen zu Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Ersatzteilen, wirksame Kennzeichnung gegen Greenwashing sowie Kampagnen, die Gebrauchtes aufwerten und „neu = Status“ relativieren

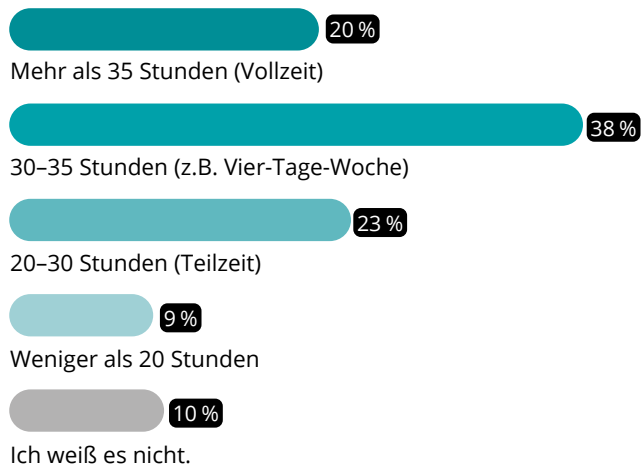
Zeit

Neben den vier Konsumfeldern betrachten wir ein fünftes, querschnittliches Handlungsfeld: Arbeits- und Freizeit. Denn wie wir Zeit verteilen und erleben, hängt eng mit dem Ressourcenverbrauch zusammen. Etwa wenn Stress und Zeitnot zu ressourcenintensiven Entscheidungen führen (z. B. schneller Neukauf statt Reparatur, Flug statt längerer Zugreise).

In der Nachhaltigkeitsforschung gilt Zeitwohlstand als wichtige Voraussetzung für suffiziente Lebensstile [21], [22], [23], [24], [25]. Wer weniger erwerbsarbeitet, gewinnt Handlungsspielräume für ressourcenschonende Praktiken wie Reparieren, Tauschen, Selbstversorgung oder ehrenamtliches Engagement. Zugleich ist zusätzliche freie Zeit nicht per se „ökologisch“. Sie kann ebenso für konsumintensive Aktivitäten genutzt werden, etwa Fernreisen oder Shopping (Rebound-Effekt). Entscheidend ist daher, wie gewonnene Zeit verwendet wird und welche Rahmenbedingungen Politik und Arbeitgeber:innen dafür schaffen, um Zeitwohlstand zu fördern und Rebound-Effekte zu verhindern.

Im Beteiligungsforum wie auch in der Umfrage finden diese Themen, Arbeitszeitreduktion und Zeitwohlstand, breite, wenn auch konditionale Akzeptanz. In der Umfrage sind 40 Prozent grundsätzlich oder unter bestimmten Voraussetzungen offen für kürzere Arbeitszeiten auch bei niedrigeren Einkommen, 30 Prozent sind unsicher und 29 Prozent ablehnend.

Abbildung 30. Wie viele Stunden pro Woche würden Sie idealerweise arbeiten wollen? [n = 855; Ausschluss der „Nein, auf keinen Fall“-Gruppe]



Das bevorzugte Wochenpensum liegt in beiden Erhebungen bei 30 bis 35 Stunden, etwa in Form einer Vier-Tage-Woche (Umfrage: 38 Prozent; Beteiligung: 42,3 Prozent). Danach folgt die Spanne von 20 bis 30 Stunden (23 Prozent). Mehr als 35 Stunden wird im Bürgerprozess deutlich seltener gewünscht als in der Umfrage (20 Prozent). Die Voraussetzungen für Arbeitszeitreduktion sind in beiden Datensätzen nahezu identisch. An erster Stelle stehen bei dem Anteil, der unter Bedingungen zustimmt (n = 255), verlässliche soziale Absicherung (Rente, Krankenversicherung) und die Sicherung der Grundbedürfnisse wie Wohnen und Ernährung. Hinzu kommen der Wunsch nach mehr Zeit für Familie, Ehrenamt und Selbstfürsorge, flexible Arbeitgebermodelle (Vier-Tage-Woche, Job-Sharing) sowie eine faire Verteilung von Arbeit.

Die gewünschten politischen Maßnahmen spiegeln diese Bedingungen wider. Soziale Absicherung bei reduzierter Arbeitszeit ist die meistgenannte Maßnahme (38 Prozent), gefolgt von der Einführung einer Vier-Tage-Woche mit Lohnausgleich (32 Prozent), der Aufwertung von Gemeinwohlzeit durch Zeitgutschriften oder Bezahlung (30 Prozent) und der Förderung lokaler Projekte (29 Prozent).

Mehr Zeit statt Zeug

Um den Effekt von Arbeitszeitreduktion auf den Ressourcenverbrauch zu quantifizieren, hat das Wuppertal Institut Angaben aus dem Beteiligungsforum modelliert. Aus den Rückmeldungen der Teilnehmenden des Bürgerforums wird eine klare Bereitschaft zur Arbeitszeitverkürzung deutlich. Diese Bereitschaft wird auch dann nicht gedämpft, wenn die Zeitreduktion mit einem geringeren Einkommen verbunden ist. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich eine Arbeitszeit von 30 bis 35 Stunden pro Woche, ausgehend von einer heutigen Vollzeittätigkeit mit 40 Stunden. Für die Modellierung haben wir diesen Wunsch wie folgt innerhalb des GreenSupreme-Szenarios quantifiziert: Eine Reduktion der Vollzeitarbeitszeit von 40 auf 32,5 Stunden, was dem Durchschnitt der Wunschspanne entspricht, führt zu einem Einkommensrückgang auf rund 81,25 Prozent des ursprünglichen Vollzeiteinkommens. Dabei wurde angenommen, dass die Auswirkungen auf die einzelnen Konsumbereiche differenziert sind.

- Der Bereich Ernährung bleibt dabei konstant, da Befragungs- und Modellierungsergebnisse keinen signifikanten Einfluss von Einkommen auf das Ernährungsverhalten erkennen lassen.
- Der Bereich Wohnen wird auf dem gleichen Niveau belassen, da die Antworten der Teilneh-



menden andeuten, dass es einen Ausgleichseffekt durch mehr Zeit zu Hause gibt.

- Alle anderen Konsumfelder, wie Mobilität, Freizeit, Kleidung und Kultur, wurden proportional an den Einkommensrückgang angepasst.

Durch diese differenzierte Anpassung ergibt sich im Vergleich zum Ausgleichsszenario GreenSupreme ein zusätzliches durchschnittliches Reduktionspotenzial von nochmals etwa 2,5 Prozent, beziehungsweise eine Einsparung von (durchschnittlich) 200 Kilogramm RMC pro Kopf und Jahr. Dieses Potenzial zeigt, dass die Arbeitszeitverkürzung das Erreichen der ökologischen Zielwerte wirksam unterstützen kann.

Das wichtige Ergebnis dabei ist, dass kein Rebound-Effekt bei den Teilnehmenden des Bürgerforums erkennbar ist. Die Motivation zur Arbeitszeitreduzierung der Teilnehmenden ist überwiegend wertebasiert und nicht konsumgetrieben. Viele Teilnehmende betonten eine ausgeprägte Bereitschaft zu einem suffizienten Konsumverhalten, das sich durch bewusste Entscheidungen gegen Neuanschaffungen und die verlängerte Nutzung von Produkten auszeichnet.

Viele Teilnehmende formulierten Aussagen wie:

- „Mit mehr Zeit würde ich Dinge selbst reparieren und herstellen, statt sie neu zu kaufen.“
- „Ich würde mehr selber basteln und gestalten.“
- „Ich könnte handwerkliche Arbeiten wieder selbst übernehmen, statt alles auszulagern.“
- „Ich würde Gemüse anbauen und Milchvieh halten. Ich würde fast alles selber machen.“
- „Mein Konsum hat sich verringert, seit ich nicht mehr arbeite. Ich habe mehr Zeit, aus Grundzutaten zu kochen. [Ich] brauche kaum neue Kleidung.“

Eine präzise Quantifizierung dieser Suffizienzpotenziale war aufgrund der qualitativen Art der Aussagen nicht möglich. Es ist jedoch klar erkennbar, dass hier noch zusätzliches Einsparpotenzial besteht, das über die reine Einkommenswirkung hinausgeht. Alles deutet darauf hin, dass ein wesentlich größerer Spielraum für Ressourcenersparnisse und nachhaltiges Verhalten vorhanden ist, als dies rein einkommensbasierte Modelle erfassen können.



6. Was Menschen überzeugt

Narrative von Freiheit, Leichtigkeit und Zukunft

Ob gesellschaftlicher Wandel gelingt, hängt nicht nur von Zielen, Szenarien und Maßnahmen ab, sondern auch davon, welche Bilder, Bedeutungen und Geschichten damit verbunden sind.

Narrative prägen, was Menschen als wünschenswert, realistisch und machbar wahrnehmen – und damit auch, welchen Veränderungen sie zustimmen und wofür sie selbst aktiv werden. Gerade bei tiefgreifenden Transformationen wie der Halbierung des Rohstoffkonsums braucht es Kommunikationsansätze, die Orientierung geben und Zukunft als Gewinn an Lebensqualität, Sicherheit und Handlungsspielraum erfahrbar machen. Gute Kommunikation übersetzt Systemveränderung in den Alltag und wird so zu einem wichtigen Hebel gesellschaftlicher Transformation.

Ein ressourcenleichtes Leben befreit

Um herauszufinden, wie sich das Ziel eines halbierten Rohstoffkonsums kommunikativ wirksam vermitteln lässt, hat Ellery Studio zentrale Kommunikationsmuster und Narrative untersucht. Dabei zeigt sich: Ein ressourcenleichtes Leben, das durch wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ermöglicht wird, steht für Entlastung und neue Spielräume. Weniger Ballast, weniger Zwang, weniger Abhängigkeit. Dafür mehr Zeit, Ruhe, Gesundheit, Sicherheit und Raum für das, was wirklich zählt. Darin liegt auch ein anderes Verständnis von Wohlstand: Nicht das „Mehr haben“, sondern das „Mehr können“ wird zum Ausdruck von Freiheit und Selbstbestimmung.

Für Bürger:innen wird ein ressourcenleichtes Leben vor allem dort anschlussfähig, wo es an konkrete Alltagserfahrungen anknüpft: weniger Zeug, weniger Konsumdruck, weniger Stress. Ressourcenschonung überzeugt besonders dann, wenn sie als Erleichterung im Alltag erscheint: als mehr Luft zum Atmen, mehr Zeit für Beziehungen, Hobbys, Gesundheit und Erholung. Freiheit bedeutet dann nicht, alles besitzen zu können, sondern nicht alles besitzen zu müssen, um sich sicher und erfüllt zu fühlen.

Politik kann das möglich machen. Sie schafft faire Rahmenbedingungen, die echte Wahlmöglichkeiten eröffnen, indem sie Alternativen attraktiv und zugänglich macht: leistbare Mobilität statt Auto-Zwang, gute Wohnmodelle statt Eigentumsdruck, gesunde Ernährung statt Überflusslogik. Gleichzeitig ist „Freiheit“ hier sehr konkret: weniger Abhängigkeit von fossilen Importen, instabilen Lieferketten und geopolitischen Risiken. Suffizienzpolitik wird so zur Freiheits- und Sicherheitspolitik.

Ressourcenleicht zu leben heißt mitzugestalten, nicht nur zuzustimmen. Menschen tragen Veränderungen eher mit, wenn sie nachvollziehen können, wie Entscheidungen entstehen und wenn sie eigene Erfahrungen einbringen können. Beteiligung erhöht Akzeptanz, Legitimität und Resilienz. Kommunikation sollte deshalb Räume öffnen, in denen Bürger:innen nicht nur informiert, sondern befähigt werden, ihre Lebensrealitäten und Ideen einzubringen.



Bild 6.1. Postkarten aus dem Jahr 2045: Gemeinschaftsgärten, autonome geteilte Mobilität und mehr Grün in den Städten. Teilnehmende des Bürgerprozesses beschrieben ihren Alltag in einem ressourcenleichten Deutschland auf Postkarten. Ellery Studio visualisierte diese Zukunftsbilder anschließend mithilfe von KI und regte damit Diskussionen an.

Vier Facetten der Freiheit: Anschlussfähig in vielen Milieus

Aus dem Hauptnarrativ lassen sich vier robuste Ansatzpunkte ableiten, die je nach Zielgruppe unterschiedlich betont werden können.

Wohlstand neu definieren: Freiheit von alten Maßstäben

Wohlstand ist nicht mehr, was man besitzt, sondern was man erleben, gestalten und teilen kann. Für Bürger:innen heißt das: nicht mehr rennen müssen, um mitzuhalten. Für die Politik: neue Wohlstandsindikatoren, die über BIP und Wachstumszwang hinausweisen.

Sicherheit und Resilienz: Freiheit von Abhängigkeiten

Ein ressourcenleichtes Leben und dezentrale Infrastruktur machen Gesellschaften stabiler und Menschen unabhängiger. Für Bürger:innen: weniger verletzlich bei Preissprüngen und Krisen. Für die Politik: Energie- und Ressourcensouveränität als Schutz vor Erpressbarkeit.

Gerechtigkeit und Teilhabe: Ausbalancierung sozialer Schieflagen

Freiheit ist nur echt, wenn alle sie sich leisten können. Nachhaltigkeit darf kein Privileg sein, sondern muss im Alltag funktionieren, gerade bei Kosten, Zugang und Infrastruktur. Für die Politik heißt das: soziale Flankierung und Investitionen, die Teilhabe ermöglichen.

Zukunftsfähigkeit und Innovation: Freiheit zum Gestalten

Weniger Ressourcenverbrauch schafft Raum für Kreativität, Effizienz und neue Geschäftsmodelle. Für Bürger:innen: Lösungen, die den Alltag erleichtern. Für die Politik: mutige Regeln und Märkte, die zukunftsfähige Angebote skalieren.

Die Sprachbotschaften: Konkret, machbar, nützlich

Besonders wirksam sind Botschaften, die Konkretheit (Was genau ist gemeint?), Machbarkeit (Kann ich mir das vorstellen?) und Nutzen (Was bringt es mir und uns?) verbinden. Diese Logik deckt sich auch mit



den Erkenntnissen aus den Beteiligungsformaten, die zusammenfassend fünf zentrale Kommunikationsmuster für erfolgreiche Transformationskommunikation zeigen: Erstens wirken Zugewinn und Co-Benefits als Leitprinzip: Ressourcenschonung wurde anschlussfähig, wenn sie mit neuer Lebensqualität (Zeit, Natur, Begegnung, Entlastung), Gemeinschaft und Selbstwirksamkeit statt mit Einschränkung verbunden war. Zweitens erzeugten konkrete Narrative (z. B. Personas oder humorvolle Alltagsgeschichten) deutlich mehr Resonanz als abstrakte Zahlen, weil sie Identifikation und Eigeninterpretation ermöglichten. Drittens fanden greifbare, alltagsnahe Zukunftsbilder (Wochenmärkte, Nachbarschaftsküchen) stärkeren Anklang als technikzentrierte Utopien. Eine ressourcenleichte Zukunft wurde akzeptiert, wenn sie vertraut, handlungsnah und mitgestaltbar erschien. Viertens erwiesen sich offene Fragen („Was brauchst du wirklich?“) wirksamer als Appelle, da sie Reflexion und aktive Aneignung auslösten. Und fünftens war Glaubwürdigkeit zentral: Kommunikation überzeugte nur, wenn sie individuelle Konsumstile mit strukturellen Rahmenbedingungen verband und gesellschaftliche Realitäten und Hemmnisse (z. B. Zeitmangel, Kosten, Infrastruktur) anerkannte.

Die Umfrage liefert Antworten darauf, welche übergeordneten Deutungsrahmen und Aussagen Menschen im Kontext der Reduktion des Ressourcenverbrauchs am ehesten überzeugen. Am häufigsten

wird ein Narrativ der Endlichkeit und Dringlichkeit gewählt: „Unsere Ressourcen sind endlich – wir müssen handeln, bevor es zu spät ist“ (21 Prozent). Es folgen Argumente zu geringerer Abhängigkeit („Weniger Abhängigkeit – von China, Russland oder steigenden Preisen“, 18 Prozent) sowie zum Schutz von Klima und Umwelt („Gut fürs Klima und die Umwelt – weniger verbrauchen schützt, was wir lieben“, 17 Prozent). Danach folgen „Ressourcen sparen ist smart – wie beim Strom, Wasser oder Geld“ (13 Prozent) und „Weniger verbrauchen heißt mehr Zeit, Ruhe und Lebensqualität gewinnen“ (zwölf Prozent). Ein technikorientiertes Narrativ („Weniger Ressourcen, mehr Fortschritt – eine Chance für neue Ideen und Technik“) erreicht acht Prozent. Zehn Prozent geben an, dass keine der Aussagen sie besonders überzeugt.

Für die Kommunikation bedeutet das: Technologie kann Teil der Lösung sein, aber sie trägt selten als alleinige Story. Tragfähiger sind Narrative, die Sicherheit, Selbstbestimmung und Alltagserleichterung betonen, ohne Risiken, Zielkonflikte oder Übergänge schönzureden. Auch im Prozess wurde sichtbar, dass Menschen Ambivalenzen ernst nehmen wollen, statt „Werbe-Zukunft“ serviert zu bekommen.



7. Was jetzt zu tun ist

Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse des Projekts zeigen: Eine ressourcenleichte Gesellschaft ist realistisch, wenn Maßnahmen nicht nur technisch und ökologisch wirksam sind, sondern im Alltag anschlussfähig und als fair wahrgenommen werden. Entscheidend ist, dass Politik verlässliche Rahmenbedingungen schafft, die Orientierung geben und nachhaltige Optionen leicht zugänglich machen. So entstehen mehr Handlungsspielräume, stärkere soziale Einbettung, weniger mentale Last und eine höhere Lebensqualität.

Daraus leitet der WWF folgende Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und (Zivil-) Gesellschaft ab.

Politik

Im Beteiligungsprozess und in der Umfrage wurde deutlich: Verhaltensänderungen gelingen vor allem dann, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Denn Politik setzt Regeln, schafft Infrastruktur und gestaltet Anreize. Derzeit dominieren in der NKWS technikorientierte Ansätze wie Recycling, Produktdesign und Effizienzmaßnahmen. Strukturelle Hebel, die alltagstaugliche Veränderungen ermöglichen – etwa bessere Nutzungskonzepte, Sharing-Angebote, faire Preise oder Anreize für flächensparendes Wohnen – sind dagegen kaum berücksichtigt. Es fehlt ein verbindlicher Zielrahmen, der Orientierung gibt und Akzeptanz sowie Handlungsfähigkeit stärkt. Daraus ergeben sich folgende Handlungsempfehlungen:

1. Verbindliche Ziele und Governance:

Eine Mehrheit von 58 Prozent der Befragten halten es für (sehr) wichtig, dass die Politik gesetzliche Regelungen beschließt, um den Ressourcenverbrauch in Deutschland zu senken. Das Ziel der Halbierung des Ressourcenverbrauchs sollte deswegen gesetzlich verankert werden, mit Zielpfad (sechs bis acht pro Kopf RMC bis 2045), verbindlicher Ressortverantwortung und transparentem Monitoring. Ressourcenziele sollten systematisch mit sozialen Belangen (Bezahlbarkeit, Teilhabe, Schutz vulnerabler Gruppen) verknüpft werden.

2. Finanzinstrumente für Fairness u. Lenkung:

Diese steuern den Ressourcenverbrauch und sichern Akzeptanz:

- **Preisliche Lenkung:** Abgaben auf besonders materialintensive Produkte und Primärrohstoffe, mit Ausnahmen für essenzielle Güter
- **Design- und Nutzungsanreize:** Bonus-Malus-Systeme für langlebige, reparierbare und recyclingfähige Produkte
- **Ressourcenvergütung:** Pro-Kopf-Rückverteilung der Einnahmen aus Ressourcenabgaben entlastet Haushalte mit geringem Verbrauch und erhöht die politische Tragfähigkeit
- **Steuerliche Entlastung ressourcenleichter Optionen:** reduzierte Mehrwertsteuer auf pflanzliche Lebensmittel, Reparatur, Secondhand, Leihe, Sharing und Wartung
- **Subventionsreformen:** ökologische Neuausrichtung von Mobilitäts-, Bau- und Ernährungsförderung (z. B. Abschaffung der Pendlerpauschale sowie des Dienstwagenprivilegs)
- **De-Risking:** Risikoabbau von zirkulären Technologien und Ansätzen durch Investitionsförderung mit Fokus auf oberen R-Strategie



3. Weiche und harte Instrumente zusammenführen

In zentralen Konsumbereichen braucht es verknüpfte Transformationspakete aus Infrastruktur, Standards, Anreizen und Kommunikation, die ressourcenleichte Optionen zur naheliegenden Wahl machen. Ein Beispiel ist ein Reparaturpaket aus dem Ausbau kommunaler Reparaturzentren, verbindlichen Produktdesign-Standards für Reparierbarkeit und Ersatzteilverfügbarkeit sowie einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Reparaturdienstleistungen.

4. Kommunen systematisch stärken

Kommunen sind Schlüsselakteure, bei denen Ressourcenleichtigkeit vor Ort machbar und spürbar wird. Gestärkt werden sollten ressourcenleichte Strukturen durch ressourcengerechte Stadt- und Verkehrsplanung, eine Wohnpolitik, die Flächeneffizienz ermöglicht (z. B. Leerstandsmanagement, Wohnflächentausch, Co-Housing) sowie zirkuläre Daseinsvorsorge, etwa durch Repair-Infrastruktur, Bibliotheken der Dinge und skalierbare Reparatur- und Sharingangebote. Ressourcenziele und Strategien auf kommunaler Ebene und Landesebene sind geeignet, diese Anstrengungen zusätzlich abzusichern.

Wirtschaft

Die Wirtschaft bestimmt maßgeblich über Produktdesign, Geschäftsmodelle und Marktangebote und damit darüber, wie ressourcenintensiv sich Konsum vollzieht. Ihr Einfluss entscheidet, ob langlebige Produkte, pflanzenbasierte Ernährungsangebote oder Sharinglösungen vom Nischenmarkt in den Mainstream gelangen. Daraus ergeben sich vier Handlungsempfehlungen:

1. Nutzung statt Besitz stärken

Unternehmen können Sharing-, Leasing- und Dienstleistungsmodelle ausbauen, um Produkte länger im Umlauf zu halten und den Ressourcenbedarf pro Nutzung zu senken.

2. Langlebigkeit zum Standard machen

Robuste, reparierbare und langlebige Produkte sowie Refurbishment- und Wiederverwendungsprozesse reduzieren den Materialeinsatz und eröffnen neue Service-Geschäftsmodelle.

3. Neue Narrative für Wert statt Menge etablieren

Marketing und Markenkommunikation können Qualität, Langlebigkeit, Suffizienz, Reparaturfähigkeit und gemeinschaftliche Nutzung als attraktive Alternativen zu Neukauf und Überkonsum positionieren.

4. Gute Rahmenbedingungen aktiv unterstützen

Unternehmen sollten sich für Standards, steuerliche Anreize und Regulierung einsetzen, die zirkuläre Geschäftsmodelle stärken und lineare Modelle schrittweise unattraktiver machen.

Gesellschaft

Alltägliche Praktiken, soziale Normen und zivilgesellschaftliches Engagement beeinflussen, wie schnell sich nachhaltige Formen des Konsumierens, Teilens und Reparierens verbreiten. Die Gesellschaft trägt also maßgeblich dazu bei, ob ressourcenleichte Lebensweisen gesellschaftlich akzeptiert, erprobt und verstetigt werden. Um die Bereitschaft in Bewegung zu setzen bzw. auszubauen, sei dreierlei empfohlen:

1. Beteiligung in Strategien und Umsetzung verankern

Menschen tragen Transformationen eher mit, wenn sie die Problemstellung verstehen, aktiv in Entscheidungs- und Lösungsprozesse eingebunden sind und die konkreten Auswirkungen auf ihr eigenes Leben nachvollziehen können. Daher sollten Bürger:innenbeteiligung verbindlich in Bundes-, Landes- und kommunalen Kreislauf- und Ressourcenstrategien verankert werden. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass Bürger:innen auch an Planung, Aufbau und Betrieb kommunaler zirkulärer Infrastrukturen mitwirken können, beispielsweise bei Reparaturzentren, Repair-Cafés, Leihläden oder Bibliotheken der Dinge.

2. Alltagswissen und praktische Kompetenzen stärken

Wissen über die wirksamsten persönlichen Ressourcenhebel verbreiten und Fähigkeiten zu Reparatur, Pflege, gemeinschaftlicher Nutzung und suffizientem Konsum fördern, u. a. über Schulen, Volkshochschulen, Makerspaces, Bibliotheken und Quartierszentren

3. Gesellschaftliche Initiativen ausbauen und absichern

Repair-Cafés, Tauschplattformen, Leihläden und Nachbarschaftsprojekte brauchen stabile Grundlagen, denn heute scheitern viele an fehlender Finanzierung, Räumen, administrativen Hürden und der Abhängigkeit von Einzelpersonen. Kommunale Förderprogramme, kostenfreie Räume, Anschubfinanzierungen und lokale Vernetzung können diese Strukturen verstetigen und für breite Nutzergruppen zugänglich machen.



Zivilgesellschaft

Was folgt aus den Erkenntnissen unserer Arbeit? Ressourcenleicht Leben 2045 zeigt, wie sich Ressourcenverbrauch verständlich vermitteln, Wissen in Selbstwirksamkeit übersetzen und durch Lebensstilkommunikation Neugier und Handeln erzeugen lässt. Daraus leiten wir drei strategische Wirkungslinien ab:

1. Advocacy

Wir setzen uns für ein verbindliches 8-Tonnen-Ziel und eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie mit klaren, messbaren Ressourcenzielen ein. Wir priorisieren Infrastrukturinvestitionen und wirksame Preissignale, damit ressourcenleichte Optionen zur Standardwahl werden.

2. Positive Narrative

Wir zeigen den Zugewinn durch ressourcenleichtes Leben anhand konkreter Beispiele auf. Dabei stellen wir Selbstwirksamkeit und vielfältige Co-Benefits in den Mittelpunkt, von Gesundheit über Kostenersparnisse bis hin zu mehr Lebensqualität. Unsere Kommunikation betont neue Wohlbildsbilder, Alltagsentlastung und die Befähigung, Produkte länger zu nutzen, zu teilen, instand zu halten und Gemeinschaft zu stärken.

3. Allianzen

Wir setzen auf strategische Partnerschaften mit Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften, Wohnungswirtschaft, Kommunen sowie sozial-ökologischen Pionierunternehmen und Innovationszentren. Dauerhafte Bürgerbeteiligung durch Bildungsprogramme, Bürger:innenräte und Medienkooperationen verstehen wir als weiteren zentralen Hebel.

Quellenverzeichnis

[1] United Nations Environment Programme, „Global Resources Outlook 2024: Bend the Trend – Pathways to a liveable planet as resource use spikes“, International Resource Panel, Nairobi, 2024.

[2] J. Hickel, D. W. O'Neill, A. L. Fanning und H. Zoomkawala, „National responsibility for ecological breakdown: a fair-shares assessment of resource use, 1970–2017“, *Lancet Planet. Health*, Bd. 6, Nr. 4, S. e342–e349, 2022.

[3] S. Lutter et al., „Die Nutzung natürlicher Ressourcen. Ressourcenbericht für Deutschland 2022“, Umweltbundesamt, 2022.

[4] Friends of the Earth: „Mining the depths of influence. How industry is forging the EU Critical Raw Materials Act.“, Friends of the Earth Europe, 2023.

[5] Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz, und nukleare Sicherheit (BMUKN), „Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)“, 2024. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.bundesumweltministerium.de/download/nationale-kreislaufwirtschaftsstrategie-nkws>

[6] United Nations Environment Programme, „Managing and Conserving the Natural Resource Base for Sustained Economic and Social Development: A reflection from the International Resource Panel on the establishment of Sustainable Development Goals aimed at decoupling economic growth from escalating resource use and environmental degradation.“, International Resource Panel, 2014. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.resourcepanel.org/reports/managing-and-conserving-natural-resource-base-sustained-economic-and-social-development>

[7] Umweltbundesamt, „Indikator: Rohstoff-Fußabdruck“, 2025. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umweltindikatoren/indikator-rohstoffkonsum#wie-wird-der-indikator-berechnet>

[8] Statistisches Bundesamt, „Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR)“. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Methoden/LaufendeWirtschaftsrechnungen.html>

[ten/Methoden/LaufendeWirtschaftsrechnungen.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Methoden/LaufendeWirtschaftsrechnungen.html)

[9] Sachverständigenrat für Umweltfragen, Suffizienz als „Strategie des Genug“: eine Einladung zur Diskussion. In: Diskussionspapier/Sachverständigenrat für Umweltfragen. Berlin: Geschäftsstelle des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU), 2024.

[10] Hot or Cool Institute, „A Climate for Sufficiency: 1.5-Degree Lifestyles Report (2025 Update)“, Berlin, Hot or Cool Institute, 2025.

[11] J. L. Richter et al., „1.5° lifestyle changes: Exploring consequences for individuals and households“, *Sustain. Prod. Consum.*, Bd. 50, S. 511–525, Okt. 2024, doi: 10.1016/j.spc.2024.07.018.

[12] Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC), Hrsg., *Climate Change 2022 – Mitigation of Climate Change: Working Group III Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, 1. Aufl. Cambridge University Press, 2023. doi: 10.1017/9781009157926.

[13] C. Schleer, N. Wisniewski, und F. Reusswig, „Sozialökologische Transformation gestalten: wie gesellschaftliche Barrieren überwunden und Resonanzportale genutzt werden können. Abschlussbericht“, SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH, Heidelberg; Potsdam, 2024. [Online]. Verfügbar unter: <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/21075>

[14] K. Purr, J. Günther, H. Lehmann und P. Nuss, „Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität. RESCUE-Studie“, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, 2019.

[15] M. Dittrich et al., „Transformationsprozess zum treibhausgasneutralen und ressourcenschonenden Deutschland - GreenSupreme. Abschlussbericht“, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, 2020.

[16] M. Sandberg, „Sufficiency transitions: A review of consumption changes for environmental sustainability“, *J. Clean. Prod.*, Bd. 293, S. 126097, Apr. 2021, doi: 10.1016/j.jclepro.2021.126097.

[17] J. Ammann, A. Arbenz, G. Mack, T. Nemecek und N. El Benni, „A review on policy instruments for sustainable food consumption“, *Sustain. Prod. Consum.*, Bd. 36, S. 338–353, März 2023, doi:

10.1016/j.spc.2023.01.012.

[18] A. He und A. Li, „Intervention policies for promoting green consumption behavior: An interdisciplinary systematic review and future directions“, *J. Environ. Manage.*, Bd. 373, S. 123917, Jan. 2025, doi: 10.1016/j.jenvman.2024.123917.

[19] P. Newell, M. Twena, und F. Daley, „Scaling behaviour change for a 1.5 degree world: Challenges and opportunities“, *Glob. Sustain.*, S. 1–25, Sep. 2021, doi: 10.1017/sus.2021.23.

[20] M. Lehnshack und L. Durschang, „Mietwohnungstausch: Studie zur rechtlichen und politischen Machbarkeit“, Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität e. V. (IKEM), im Auftrag des WWF Deutschland, Berlin, 2024. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Unternehmen/IKEM-Studie-Mietwohnungstausch.pdf>

[21] J. Nässén und J. Larsson, „Would shorter working time reduce greenhouse gas emissions? An analysis of time use and consumption in Swedish households“, *Environ. Plan. C Gov. Policy*, Bd. 33, Nr. 4, S. 726–745, Aug. 2015, doi: 10.1068/c12239.

[22] J. B. Schor, „Sustainable Consumption and Worktime Reduction“, *J. Ind. Ecol.*, Bd. 9, Nr. 1–2, S. 37–50, Jan. 2005, doi: 10.1162/1088198054084581.

[23] M. Sahakian und C. Rossier, „The societal conditions for achieving sufficiency through voluntary work time reduction: Results of a pilot study in Western Switzerland“, *Front. Sustain.*, Bd. 3, S. 956055, Okt. 2022, doi: 10.3389/frsus.2022.956055.

[24] L. C. King und J. C. J. M. Van Den Bergh, „Worktime Reduction as a Solution to Climate Change: Five Scenarios Compared for the UK“, *Ecol. Econ.*, Bd. 132, S. 124–134, Feb. 2017, doi: 10.1016/j.ecolecon.2016.10.011.

[25] S. De Spiegelaere und A. Piasna, *The why and how of working time reduction*. Brussels: European Trade Institut, 2017.

Impressum

Herausgeber

WWF Deutschland
(Stiftung bürgerlichen Rechts,
vertreten durch die Vorständin Meike Rothschädl)
Reinhardtstraße 18
D-10117 Berlin

Stand März 2026

Autorinnen und Autoren: Björn Schulz (WWF), Daniel Hinchliffe (Öko-Institut), Monika Dittrich (Wuppertal Institut), Janina Dierk (Wuppertal Institut), Florence Zurfluh (Ellery Studio), Blasius Walch (Politics for Tomorrow), Jörg Petzold (Politics for Tomorrow), Alexandra Robinson (Politics for Tomorrow)

Redaktion Thomas Köberich (WWF)

Mitwirkende im Projekt

WWF: Rebecca Tauer, Björn Schulz, Hanna Stoelben, Svenja Roth, Annkatrin Jänicke, Moritz Spielberger, Jonas Aechtner

Öko-Institut: Daniel Hinchliffe, Siddharth Prakash

Wuppertal Institut: Monika Dittrich, Janina Dierk, Karl Schoer

Politics for Tomorrow / nextlearning e. V.: Blasius Walch, Jörg Petzold, Alexandra Robinson, Caroline Paulick-Thiel, Philip Hector

Ellery Studio: Florence Zurfluh, Emma Defty

Koordination Björn Schulz

Kontakt

Rebecca Tauer (rebecca.tauer@wwf.de)

Björn Schulz (bjoern.schulz@wwf.de)

Gestaltung, Illustrationen und Infografiken

Erik Tuckow (tuckow.studio)

Bildnachweise: S. 5: links © picturepeople; rechts © kopfundkragen; S. 18-23, 53, 60-61: © Daniel Hinchliffe & Björn Schulz; S. 55-56: © Ellery Studio/Florence Zurfluh, KI-generierte Bilder: erstellt mit Midjourney

Das Projekt finanziert sich aus Eigenmitteln des WWF und durch die Unterstützung unserer Sponsoren Vodafone und Vodafone Institute.

Vodafone
unterstützt die
Arbeit des WWF





Unser Ziel

Wir wollen die weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

Unterstützen Sie den WWF

IBAN: DE06 5502 0500 222 2222 22

WWF Deutschland

Reinhardtstr. 18 | 10117 Berlin

Tel.: +49 30 311777-700

info@wwf.de | www.wwf.de